

ÖSTERREICH-UNGARN UND SÜDOSTEUROPA WÄHREND DER BALKANKRIEGE

Die politischen Spannungen um die Wende des 19. zum 20. Jahrhunderts, die im Verlaufe weniger Jahrzehnte in Südosteuropa wiederholt internationale Krisenherde schufen und bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges anhielten, haben reichlich Stoff für zahlreiche Aktenpublikationen und historische Darstellungen geliefert. Sie sind zwar nicht für alle Länder gleichermaßen vollständig, doch wurden die noch bestehenden Lücken durch den Fleiß berufener Fachkenner während der letzten Jahre in Monographien und Aufsätzen¹ so weitgehend geschlossen, dass zu diesem vielbehandelten Themenkreis nicht viel Neues gesagt werden kann. Bei dieser Sachlage drängt sich erneut² die Frage nach den großen Zusammenhängen auf, die in den Aktenveröffentlichungen kaum Erwähnung finden, weil eben nicht alle Gedanken dem amtlichen Schriftwechsel anvertraut werden und weil nicht alle Ursachen beachtet wurden, die zu der politischen Entwicklung in Südosteuropa geführt haben. So scheint mir das Phänomen des Nationalismus im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Aufklärung und dem beginnenden sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel zu wenig berücksichtigt. Aber auch die konfessionellen und sprachlichen Faktoren, der Gegensatz des österreich-ungarischen Staatsrationalismus auf der einen und der irrationalen Kräfte der jungen Völker auf der anderen Seite verdienen mehr Beachtung.

I.

Das nationale Bewusstsein hat sich in verschiedenen Perioden entwickelt und hat je nach der gesellschaftlichen Struktur und der kulturellen Stufe des

1. *Uebersberger* Hans, Österreich zwischen Rußland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des ersten Weltkrieges. Köln-Graz 1958 und die Aufsätze von Ch. *Fragistas*, G. *Hering*, D. *Dakin* und H. N. *Howard* in: *Balkan Studies* III/2. Die wichtigste Neuerscheinung ist aber zweifelsohne die vorzügliche Biographie des Grafen Berchtold von Hugo *Hantsch*: Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsman. Graz - Wien-Köln 1963, 2 Bde... Ferner ist zu nennen: *Prvi Balkanski rat 1912-1913*. (Operacije srpske vojske), Belgrad 1959, 910 S.

2. Seit Heinrich *Friedjung*, Theodor von *Sosnosky*, Otto *Bickel* und Ernst Chr. *Helmreich* ist dieses Problem wiederholt behandelt worden, ohne daß alle Beweggründe der österreichischen Politik dieser Zeit berücksichtigt wurden.

betreffenden Volkes seine entsprechende Prägung erhalten. In Südosteuropa ist das nationale "Erwachen" mit der Aufklärung und der sprachlich-historischen Besinnung eng verknüpft³ und weist z. B. interessante Zusammenhänge mit dem Entstehen eigener nationalsprachiger Zeitungen auf. Sowohl in der Erfassung der Aufklärung als auch hinsichtlich der Besinnung auf eine große Vergangenheit gehen Madjaren und Griechen den anderen Völkern voraus. Diese Nationen traten auch als erste mit eigener Zeitungsliteratur an die Öffentlichkeit⁴ und errangen sehr bald Ansehen im Kreis der europäischen Kulturwelt. Die frühen Anzeichen des bevorstehenden griechischen Freiheitskampfes erweckten die Anteilnahme einer breiten Schicht der humanistisch gebildeten Geisteswelt, und im Philhellenismus fand Griechenland dann eine internationale Anhängerschaft, die allerdings nicht von allen Staatsmännern gerne gesehen wurde.

Die Aufstände der griechisch-orthodoxen Bevölkerung gegen die oft unerträgliche osmanische Herrschaft erhielten seit dem beginnenden 19. Jahrhundert nationalen Charakter und hatten 1804 für die Serben und nach den siegreichen Kämpfen von 1821-1829 auch für die Griechen den Erfolg, daß diese Völker auf einem Teil ihres Volksbodens eigene Staaten errichten konnten. Seit der Gründung des Königsreiches der Hellenen flossen nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft Geist und Staat wieder zusammen. Aber auch Rumänen, Serben, Bulgaren und Montenegriner folgten diesen Vorbildern und bemühten sich in kurzer Zeit, die Schäden zu heilen, die durch eine jahrhundertelange Unterdrückung entstanden waren. Mit der Pflege der Volkssprache und der Besinnung auf die geschichtliche Vergangenheit wurde das Nationalbewußtsein mächtig gestärkt. Einen nicht unerheblichen Anteil hieran hatten die zahlreichen neu entstandenen Zeitungen. Allerdings hatten die früh demokratisierten Völker ihre kritischen Urteilskräfte häufig nicht in dem gleichen Ausmasse entwickeln können, wie dies angesichts der verschiedenen, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem Boden spriessenden Zeitungen erforderlich gewesen wäre, um einen klaren Blick für die realen Möglichkeiten zu behalten. So wuchsen die Wünsche nach Vereini-

3. *Lemberg* Eugen, Geschichte des Nationalismus in Europa. Stuttgart 1950, S. 183-190; *Beyer* Hans, Nationales Erwachen und Romantik, in: *Historia Mundi*. IX, 489-492. *Turczynski* Emanuel, Die deutsch-griechischen Kulturbeziehungen bis zur Berufung König Ottos. München 1959, S. 158-243. *Papaderos* Alexandros, Metakensis. Das kulturelle Zentralproblem des neuen Griechenland bei Korais und Oikonomos. Diss. Mainz 1962.

4. *Valjavec* Fritz, Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa. III. Aufklärung und Absolutismus, München 1958, S. 149-151. *Turczynski* Emanuel, Die deutsch-griechischen Kulturbeziehungen und die griechischen Zeitungen (1784-1821), in: *Berliner Byzantinische Arbeiten*. 15 (1960), S. 55-109.

gung mit den noch unter fremder Herrschaft lebenden Volksgenossen schnell zu politischen Forderungen heran,⁵ denen sich die verantwortlichen Staatsmänner und Politiker nicht gut widersetzen konnten, da sie sonst die öffentliche Meinung gegen sich gehabt hätten.

Das Vorgehen der nationalen Kräfte in den Revolutionsjahren 1848/49 sowie die Erfolge des Grafen Cavour, des Fürsten Ion Cuza und des Fürsten Bismarck waren darüber hinaus ein mächtiger Anreiz, an die Lösung der eigenen nationalstaatlichen Probleme mit ähnlichen Mitteln heranzugehen. Dieses Verlangen verstärkte sich, als offensichtlich wurde, daß die Osmanen nicht bereit waren, ihre auf dem Berliner Kongress von 1878 übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der in ihrem Staatsbereich verbliebenen christlichen Bevölkerung einzuhalten. Das Los der griechischen, slawischen, albanischen Untertanen in der europäischen Türkei war überaus beklagenswert, und es bestand keine Aussicht auf eine Änderung der Verhältnisse, denn die Großmächte Österreich-Ungarn und Rußland hatten sich in Müritzsteg zur Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan verpflichtet (1903), und es hatte den Anschein, als ob es dabei bleiben sollte. Die Revolution der Jungtürken und die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn haben dann aber erneut zu einer Belebung der politischen Leidenschaften beigetragen, so daß eine Änderung der Lage mit allen Mitteln angestrebt wurde. Die unter türkischer Herrschaft lebenden Christen wünschten seit Jahrzehnten Anschluß ihres Heimatgebietes an das Mutterland, und Griechenland, Bulgarien und Serbien strebten ihrerseits eine Angliederung dieser Gebiete an, wobei die ethnische Gemengelage eine befriedigende Grenzziehung erschwerte. So wurde der Druck gegen das Osmanische Reich von innen und außen zunehmend stärker und legte auch den Keim für starke Spannungen.⁶

Dieser Entwicklung in Südosteuropa, die sich, soweit sie Serben und Rumänen betraf, auch gegen den Bestand der Donaumonarchie richtete, stand das Habsburgerreich wenig verständnisvoll gegenüber. Seit Österreichs Aufstieg zur Großmacht im 17. Jahrhundert und der Niederringung der Türken waren im Südosten neue Generationen herangewachsen, die nicht mehr mit der gleichen Ehrfurcht nach Wien blickten, wie dies ihre Ahnen getan hatten, als die Türken nach der erfolglosen Belagerung Wiens 1683 geschlagen weichen mußten. Wie seither das Osmanische Reich sich auf dem Rückzug aus Europa befand, so waren auch im Habsburgerreich die expansiven

5. Endres Franz Carl, *Die Türkei: Eine Einführung in das Verständnis von Land und Volk*, München 1918 (4. Aufl.) S. 105-111, *Uebersberger* Hans, *Österreich zwischen Rußland und Serbien*, S. 25.

6. *Weigand* Gustav, *Ethnographie von Mazedonien*. Leipzig 1924.

Kräfte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erstarrt und nicht in der Lage oder willens, mit dem Imperialismus des Russischen Kaiserreichs, Englands, Frankreichs oder Italiens Schritt zu halten. Die Niederlage von Königgrätz (1866) und der dadurch bedingte Ausgleich mit Ungarn im folgenden Jahr haben die Kräfte Österreichs entscheidend gelähmt. Der Hof, die hohe Geistlichkeit und das Offizierskorps fühlten ebenso wie ein Teil der Beamtenschaft "weder deutsch noch völkisch. Sie waren nicht über, sondern anational."⁷ Die Folge dieser Haltung war, daß sich die deutsch-nationalen Kräfte der Donaumonarchie und die führenden Kreise nicht ergänzten, sondern häufig in Gegensatz zueinander standen. Wenn man die sehr unterschiedliche Einstellung gegenüber nationalen Problemen in den verschiedenen Schichten der Donaumonarchie erkennt, versteht man, daß weder der Hof noch die Diplomaten die Bedeutung der nationalen Strömungen bei den Völkern Südosteuropas erfassten und richtig beurteilten. Die Zusammenhänge von Kultur, Volk und Staat, von geistigen und politischen Strömungen waren in Südosteuropa nicht ohne weiteres erfaßbar. Nur so ist es erklärlich, daß in Wien die Entwicklung an der Südostgrenze des Reiches wiederholt grundlegend verkannt wurde, obwohl im Habsburgerreich selbst viele Völkerschaften zusammenlebten und sehr geschickt verwaltet wurden. Man konnte es nicht begreifen, daß diese lebenskräftigen Völker, die trotz einer Jahrhunderte dauernden Türkenherrschaft eine gesunde Vitalität besaßen, bereit waren, die jahrhundertalte Ordnung zu bedrohen, um dem ungewissen Schicksal kleiner aber selbständiger Nationalstaaten entgegenzugehen. Statt neue Bündnis- und Ordnungssysteme anzustreben, verharnte Österreich-Ungarn zu lange in der Ablehnung aller Neuerungen. Dass die Aussenpolitik des Deutschen Reiches an dieser Entwicklung beteiligt war, sei nur am Rande erwähnt, doch ist der Friedensliebe Deutschlands letztlich auch zu verdanken, daß Österreich 1912/13 nicht in den Krieg getrieben wurde. Russland war nach den Mißerfolgen im Fernen Osten entschlossen, im Westen neue Siege zu erringen und rüstete zum Krieg gegen das Deutsche Reich und gegen Österreich-Ungarn. Bereits zu Beginn des Jahres 1912 waren die russischen Kriegsvorbereitungen soweit gediehen, dass eine Mobilmachung zugleich die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland bedeutet hätte. Diese Initiative ging indes von der Armee aus, der aber später diese Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand genommen wurde.⁸

7. *Preradovich* Nikolaus von, *Der nationale Gedanke in Österreich 1866-1938*, Göttingen 1962, (Historisch-politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, Heft 8), 32 S., hier S. 9.

8. *Taube* Michael von, *Der großen Katastrophe entgegen. Die russische Politik der Vorkriegszeit und das Ende des Zarenreiches (1904-1917). Erinnerungen von Dr. Michael Frhr. v. Taube*. Berlin - Leipzig (Koehlers Antiquarium), 2. Aufl. 1937, S. 257 f.

Italiens imperialistische Aspirationen trieben diesen Nachbarn des Habsburgerreiches immer mehr auf die Seite der mit Rußland verbündeten Kolonialmächte England und Frankreich, die stetig aber entschieden dem Ziel zusteuerten, Deutschland an einem weiteren Aufstieg als Grossmacht mit Seegeltung zu behindern. Frankreich wollte außerdem Elsaß-Lothringen wieder, das sich seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert kulturell stark an Frankreich angelehnt hatte und sich unter der preussischen Verwaltung nicht immer wohl fühlte.

Die außenpolitische Konstellation war für Österreich-Ungarn außerordentlich ungünstig, da ihm die eigenen Gegner sowie die seines Bundesgenossen Deutschland nur eine sehr begrenzte Bewegungsfreiheit ließen. Das Eingreifen Rußlands und Italiens in die stagnierende Balkanpolitik Österreich-Ungarns führte schließlich zu den beiden Balkankriegen. Mittel zum Zweck wurden die Südslawen, vor allen die Serben, die sich wegen der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten im Inlande gerne auf die außenpolitischen Möglichkeiten lenken ließen; sie wurden so zu einem Instrument Rußlands, das Österreich-Ungarn niederhalten sollte, das aber den Weltkrieg und somit auch den Sturz des Zarenreiches herbeiführte.

II.

Der österreichisch-russische Interessengegensatz in Südosteuropa hatte seit dem Belgrader Frieden von 1739 eine politische Rolle gespielt. Die Spannungen waren zeitweise überbrückt worden, wie z.B. 1813/15, 1821/23, dann während der Revolution von 1848/49 sowie durch das Dreikaiserbündnis von 1872, den Dreikaiservertrag von 1881 und schließlich durch die Vereinbarungen von Münzsteg und Buchlau. Die Habsburgermonarchie hatte sich schon 1615 als Beschützer der Katholiken Nordalbaniens angesehen und an diesem Vorrecht auch in den Friedensverträgen von Karlowitz 1699, Passarowitz 1718, Belgrad 1739 und Sistowa 1791 festgehalten. Rußland hatte sich seinerseits im Frieden von Küçük-Kainardsche (1774) das Recht erkämpft, die griechisch-orthodoxen Christen der Donaufürstentümer und des Ägäischen Archipels als seine Schützlinge zu betrachten. Seit dem russisch-türkischen Handelsvertrag von 1783 wurden die Griechen von Rußland systematisch begünstigt, wodurch insbesondere der Ausbau einer Handelsflotte erleichtert wurde. Als Griechenland befreit und, als erster Staat Südosteuropas, zum Königreich erhoben, den russischen Einfluß allmählich zurückdrängte, wandte sich das Zarenreich stärker den Balkanslawen zu, in denen es die natürlichen Bundesgenossen gegen Österreich-Ungarn und gegen das Osmanische Reich sah. Die alte Zielsetzung einer Beherrschung der Meerengen blieb gleichsam zwei Jahrhunderte bestehen und überschchnitt sich seit dem Aufkommen der Orient-

politik des Deutschen Reiches mit dessen wirtschaftspolitischen Interessen Während Österreichs Kräfte durch die ständig zunehmenden Forderungen der Madjaren nach Autonomie gelähmt waren, die nicht nur für ihre eigenen Belange eintraten sondern auch für eine schrankenlose Herrschaft über Rumänen, Kroaten, Slowenen, Slowaken und Deutsche innerhalb der ungarischen Reichshälfte, hatte Rußland in Asien freie Hand für seinen Imperialismus. Sogar während der russischen Schwächeperiode nach der Niederlage durch Japan (1904) hatte Österreich die günstige Lage nicht ausgenützt und war mit Nachdruck für eine Politik des Status quo eingetreten. Dies hatte zur Folge, dass Russland sich nunmehr stärker seinen Balkaninteressen zuwandte,⁹ um nach einem Ausgleich für die in Asien erlittene Niederlage zu suchen. Die übergrosse Friedensliebe des greisen Kaisers Franz Joseph, der stets einen hervorragenden Fleiss, aber auch eine gewisse Bildungsfeindlichkeit gezeigt hatte, verhinderte eine konsequente Großmachtpolitik. Man beschränkte sich daher auf die Verwaltung der auseinanderstrebenden 51 Millionen Bewohner der Monarchie, von denen nur etwa ein Viertel Deutsche waren. Der beachtliche kulturelle Aufstieg, den Österreich-Ungarn in dieser Periode erlebte und der allen Landeskindern ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit zugute kam,¹⁰ fiel kaum in die politische Waagschale, denn die aufstrebenden Völker der Monarchie waren vielfach politisch-geistig zu unreif, um den Wert der kulturellen Leistungen und Errungenschaften¹¹ ermessen zu können. Sie waren zum Teil bestrebt, sogenannte nationale Fortschritte zu erringen. Hierfür war man bereit, jeden Preis zu bezahlen.

Die Vernachlässigung der Rüstung in Österreich führte schließlich dazu, daß Rußland seit der moralischen Niederlage durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina,¹² die seit 1878 mit österreichisch-ungarischen Steuergeldern aus einer verwahrlosten türkischen Provinz zu einer blühenden Kulturlandschaft ausgebaut wurden,¹³ einen Weg suchte, um sich mit Hilfe der Balkanstaaten die Türkei gefügig zu machen. Trotz der bestehenden Ge-

9. *Carlgren* W. M., *Iswoisky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreichisch-ungarische Balkanpolitik 1906-1908.* Upsala 1955, S. 137-194.

10. *Jelavich* Charles, *Die Habsburger Monarchie und die nationale Frage der Südslawen.* In: *Südosteuropa - Jahrbuch* 5 (1961) S. 61-74, hier S. 63 f.

11. *Zöllner* Erich, *Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart.* München, R. Oldenbourg 1961, 612 S., hier S. 442-478.

12. *Bickel* Otto, *Rußland und die Entstehung des Balkanbundes. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges.* (Osteuropäische Forschungen NF 14 Bd.). Königsberg/Pr. 1933, S. 17 ff.

13. *Hantsch* Hugo, *Die einheitlichen Kulturkräfte im übernationalen Staat.* In: *Südosteuropa Jahrbuch*, 3. Bd. (1959), S. 173-186, hier: insbes. S. 178 f.

gensätze zwischen Griechen und Bulgaren, Serben und Albanern bemühten sich die russischen Diplomaten in Belgrad, Sofia, Athen, Bukarest und Konstantinopel unablässig um die Bildung einer breiten Front gegen Österreich-Ungarn und die Türkei. Serbien, das seit mehreren Jahrzehnten von einem großserbischen Reich träumte, das durch die Eroberung der von Südslawen bewohnten österreichischen und türkischen Provinzen geschaffen werden sollte, hatte im Führer der Radikalen, Nikola Pašić, einen Politiker, der bereits 1884 den Gedanken an die Gründung eines Balkanbundes aufgegriffen hatte.¹⁴

Dieser Plan war nicht neu¹⁵, doch waren damals die Voraussetzungen zu einem solchen Bündnis nicht gegeben. Der serbisch-bulgarische Krieg von 1885 endete mit einer vernichtenden serbischen Niederlage, die nur durch das Einschreiten Österreichs zugunsten Serbiens gemildert wurde. Die sich bietende Möglichkeit, zusammen mit Bulgarien eine Aufteilung Serbiens vorzunehmen, wurde von Wien nicht ausgenützt, da keine Neigung nach einer territorialen Ausbreitung bestand. Vor allem waren die Madjaren dagegen, ihr zahlenmässig ohnehin ungünstiges Verhältnis den Slawen, Rumänen und Deutschen gegenüber noch zu verschlechtern.¹⁶

Seit der Proklamation des Königreiches in Bulgarien und der Annexion Bosniens und der Herzegowina — die Edward Grey als die erste Störung des Status quo bezeichnete¹⁷ — wurde der Ehrgeiz weiter Kreise der emporstrebenden serbischen Politiker geweckt, auf der Balkaninsel die Führung im Kampf gegen das verhaßte Österreich-Ungarn zu übernehmen ähnlich, wie dies einst Piemont in Italien getan hatte. Hinzu kam auch noch, dass Italien seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine eigene Balkanpolitik trieb und östlich der Adria Boden zu gewinnen suchte. Für die Habsburger Monarchie war Serbien seit langem eine Gefahr. Als sich seit 1897 serbisch-bulgarische Bindungsmöglichkeiten abzeichneten¹⁸ und bald darauf die katholischen Kroaten

14. *Batowski Henryk*: Le mouvement panbalkanique et les differents aspects des relations interbalkaniques dans le passé (Indication de méthode et aperçu des faits). In: *Revue internationale des Études Balkaniques* 3/II (1938), S. 320-345.

15. *Stavrianos L. S.*, *Balkan federation: A History of the Movement toward Balkan Unity in modern Times*. Northampton, Mass. 1944 und Ders. *The Balkans since 1453*, New York, 1959 (2. Aufl.), S. 394 ff. vergl. ferner: *Nikolaidis Kleanthes*, *Griechenlands Anteil an den Balkankriegen 1912-1913*. Wien und Leipzig 1914, 433 S. Auf S. 18-31 wird eine kurze Geschichte der älteren Balkanbündnisse entwickelt, die mit Konstantin Rigas beginnen. *Manesis Aristovoulos*, *L'activité et les projets politiques d'un patriote Grec dans les Balkans vers le fin du XVIIIe siècle*. In *Balkan Studies* 3 (1962), S. 75-118.

16. *Seton-Watson R. W.*: *Die Südslawische Frage im Habsburger Reiche*, Berlin 1913, S. 204-206.

17. *Grey Edward*, *Twenty-five years. 1892-1916*. 2 Bde. London 1925, hier: 1/260.

18. *Herre Paul*, *Die kleinen Staaten Europas und die Entstehung des Weltkrieges*. München 1937, S. 317 ff.

und die orthodoxen Serben unter dem Druck der madjarischen Entnationalisierungspolitik ebenso zueinanderfanden wie die Slowenen, so dass die Südslawen innerhalb und außerhalb der Monarchie allmählich¹⁹ eine Einheit zu bilden begannen, war diese Gruppierung geeignet, die Donaumonarchie zu sprengen.²⁰ Den Gedanken, Serbien während der Annexionskrise mit Waffengewalt niederzuwerfen und dadurch die Gefahr eines serbischen Flankenangriffes zu beseitigen, hatte der österreichisch-ungarische Aussenminister von Aehrenthal, der sonst ein Gegner des Generalstabschefs Conrad und seiner Pläne war, nur kurze Zeit um die Wende des Jahres 1908/09 erwogen, nachdem Serbien im Oktober 1908 nahe daran gewesen war, Österreich den Krieg zu erklären, dann aber verworfen, weil er der Meinung war, dass die Donaumonarchie Serbien nicht verdauen könne.²¹

So sah man den Kriegsvorbereitungen strategischer und psychologischer Art hinter denen seit 1909 Rußland und vor allen auch dessen Vertreter in Belgrad, Nikolaj von Hartwig, der bekannte Panslawist, stand-nahezu tatenlos zu, während Serbien unter der zielbewussten Führung der Radikalen unter Pašić und König Petar Karadjordjević (1903-1921), einen Zögling der französischen Militärschule Saint-Cyr, sich der französisch-russischen Entente anschloss und die Einkreisung der Mittelmächte unterstützte.

III.

Die Vorboten des heraufziehenden Gewitters kamen aber auch aus Mazedonien, das Griechenland, Serbien und Bulgarien in einen schier unüberwindlichen Gegensatz zur Türkei brachte. Als sich im Herbst des Jahres 1910 die griechische und bulgarische Bevölkerung trotz erheblicher Gegensätze gegen den gemeinsamen Feind zu verbinden begann, war ein neuer Höhepunkt der Kampfbereitschaft für die Befreiungsaktion erreicht. Der österreichische Gesandte in Griechenland, Karl Freiherr von Braun, der von 1904 bis 1909 Generalkonsul in Sofia war und die politischen Verhältnisse dieses Raumes kannte, berichtete über die sich anbahnende Annäherung sowie über die Ursachen, die dazu geführt hatten, die er vorwiegend in der "Überhebung

19. Man vergleiche die Schrift: Die Serbenfrage und der Hochverratsprozeß in Agram. Von A-Z Wien und Leipzig. 61 S., die von einem Kroaten verfasst wurde, vermutlich von Dr. Josef Frank.

20. Jelavich Charles and Barbara, *The Habsburg Monarchy, Toward a Multinational Empire or National States?* New York 1959. S. 47 ff.

21. Kiszling Rudolf, *Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este; Leben, Pläne und Wirken am Schicksalsweg der Donaumonarchie.* Graz-Köln 1953, S. 135.

der jetzigen Machthaber" im Osmanischen Reich²² sah. Als dann auch der österreichische Gesandte in Konstantinopel, Markgraf János Pallavicini, von den Bemühungen des russischen Botschafters Čarykov Mitteilung machte, einen Balkanbund zu bilden, schrieb Aehrenthal: "Ich halte eine alle Balkanstaaten umfassende Föderation in der einen oder anderen Form für eine Utopie." Er ging dabei von der zutreffenden Erwägung aus, dass ein solcher Bund nur dazu dienen könnte, den Status quo auf dem Balkan zu erhalten, was weder von Bulgarien, noch von Griechenland und Serbien gewollt wurde.²³ Italiens Krieg gegen die Türkei wegen Tripolis und der Cyrenaika (September 1911-Oct. 1912) hat jeden möglichen Zusammenschluß der Balkanmächte und das damit bezweckte Vorgehen gegen das Osmanische Reich beschleunigt, denn der Umstand, dass die Großmächte den Angreifer nur zurechtwiesen und seit dem stärkeren Auflodern der Kämpfe in Mazedonien wiederholt nur auf dem Papier stehende Beschlüsse gefaßt hatten, war eine unausgesprochene Ermutung zu einem kriegesischen Vorgehen gegen die Türkei.²⁴

Conrad von Hötzendorf, der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, der den westlichen Teil Südosteuropas sehr gut kannte,²⁵ erfaßte als einer der wenigen Staatsmänner die politische Tragweite²⁶ der italienischen Handlungsweise und befürwortete, ähnlich wie auch deutsche Diplomaten, eine klare Sprache gegenüber diesem Dreibundsmitglied, das bereits während der Annexionskrise Vorbereitungen für eine Mobilisierung gegen Österreich getroffen hatte und sich stark an England und Frankreich anlehnte.²⁷ Aber Conrad fand nicht die Unterstützung des Kaisers,²⁸ der ein absoluter Gegner jedes Krieges und erst recht eines Präventivkrieges war. So kam es, dass er Aehrenthal bevorzugte, da dieser glaubte, mit diplomatischen Mitteln jeder Kriegsgefahr ausweichen zu können, und Conrad von Hötzendorf

22. Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. 8 Bde. Wien-Leipzig 1930; 3/Nr. 2254.

23. Ebenda 3/Nr. 3104, 3109, 3151.

24. Der italienische Oberstleutnant Achille Rosmini sagte, das Jahr 1911 habe mit der italienischen „Kriegserklärung gegen die Türkei den großen Brand entfesselt, der erst 1918 erlöschen sollte“. Vergl. hierzu: *Regele* Oskar, Feldmarschall Conrad. Auftrag und Erfüllung 1906 - 1918. Wien-München 1955, 613 S., hier S. 64.

25. *Wittich* Alfred von, Feldmarschall Conrad und die Außenpolitik Österreich-Ungarns. In: Berliner Monatshefte 10 (1932), S. 116-126, hier S. 118, dort auch die einschlägige Literatur.

26. *Bethmann Hollweg*, Betrachtungen zum Weltkrieg. 2. Bde. Berlin 1919 - 1921, hier I, 73 und *Veit Valentin*, Deutschlands Außenpolitik 1890-1918. Berlin 1921, S. 107 ff.

27. *Sosnosky* Theodor von, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866. 2 Bde. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, 1913/14; hier 2/267.

28. *Hantsch* Hugo, Die Geschichte Österreichs, 2 Bde. Graz-Wien 1950, 2/530.

Ende November 1911 einen anderen Wirkungskreis zuwies.²⁹ Leopold Graf Berchtold, von seinem Vorgänger Graf Aehrenthal zum Außenminister vorgeschlagen, war — und so lautet auch der vielsagende Untertitel seiner neuesten Biographie — „Grandseigneur und Staatsmann“. Er bemühte sich in seiner Amtsführung die bisherige Linie in der österreichischen Aussenpolitik seit Kálnoky und Goluchowski, nämlich: „Quieta non movere“, fortzusetzen. Auch Berchtold war entschlossen, eine konservative Politik zu betreiben, um auf dem Balkan — dem einzigen für Österreich-Ungarn damals noch freien Einflußraum, der sowohl für den Export der Industrieerzeugnisse als auch des Menschenüberschusses in Frage kam — eine Einmischung fremder Mächte zu verhindern. Mit Russland zusammen sollte diese Einflußsphäre erhalten bleiben. Da der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg nicht bereit war, Österreich im Ringen um seine Positionen auf dem Balkan zu unterstützen, blieb Berchtold nur die Möglichkeit, mit diplomatischen Mitteln zu operieren. Zu dieser Erkenntnis war Berchtold bereits gelangt, als Italien durch sein eigenmächtiges Vorgehen im Krieg gegen die Türkei die Lawine ins Rollen brachte, die schließlich zum Ausbruch der Balkankriege, aber auch zum Entstehen des Weltkrieges führte. Eine entscheidende Absage an Italien hätte zu einer Isolierung Österreichs geführt, und ein militärisches Vorgehen hätte erst recht eine Kettenreaktion zur Folge gehabt, die für die Donaumonarchie wohl nur Nachteile gebracht hätte. Hinzu kam noch, daß Graf Berchtold dem Dualismus huldigte und nicht genügend Phantasie besaß, um sich andere Lösungsmöglichkeiten für die außen=und innenpolitischen Probleme vorstellen zu können. Friede um jeden Preis schien ihm daher das einzige Mittel, um den bestehenden Zustand auf dem Balkan zu konservieren. Dazu hätte Wien aber auch Verbündete in Südosteuropa benötigt.

Als Freiherr Alexander Musulin von Gomirje, ein kaisertreuer Kroat, der seit 1903 im Außenministerium am Ballhausplatz maßgeblich an der Orientpolitik mitgestaltete, 1911 den Vorschlag machte, Montenegro durch größere Geldsubventionen auf die Seite Österreich-Ungarns zu ziehen, blieben seine Gedanken unberücksichtigt. Er hatte dargelegt, daß es seit der Mitte des 19. Jh. nicht an montenegrinischen Annäherungsversuchen — die alle mit Geldwünschen verknüpft waren — gefehlt hatte und daß Wien seit 1874 für den montenegrinischen Straßenbau jährlich rund 60.000 Kronen zahlte, eine nicht unbedeutende „Entwicklungshilfe“, die bis 1896 insgesamt 1.330.000 Kronen betrug. Obwohl ein großer Teil der Straßen Montenegros mit Steuergeldern Österreich-Ungarns gebaut wurden, zeigte sich Fürst Nikita nicht zu einer österreichfreundlichen Politik geneigt, so dass Wien ihm

29. Wittich, S. 125 ff.

diese Subvention entzog. Nikita versuchte, sie seither wieder zu erlangen, und 1907 war man nahe daran, ihm wieder 60.000 Kronen jährlich zu geben, doch kam die Annexionskrise dazwischen, Montenegro bezog wieder Stellung gegen Österreich und so blieb alles beim alten.

Da Rußland aber in dieser Zeit jährlich rund 2 Millionen Kronen an Montenegro zahlte — und zwar 1.500.000 Kronen für die Armee und den Rest für Nikita —, unterhielt das Zarenreich an der Adria ein Armeekorps. Musulin sah darin eine grosse politisch-militärische Bedrohung, die es auch war, und schlug vor, durch entsprechend hohe Zahlungen an Montenegro den Einfluß Rußlands zu verdrängen. Aber da er auch erwähnte, daß jede Annäherung Österreich-Ungarns an Montenegro in Konstantinopel mit Argwohn betrachtet werden dürfte und die madjarische Halsstarrigkeit in allen Geldfragen das Aufbringen dieser Summe nicht erleichterte, wurde Rußlands Einfluss nicht gebrochen. Man war nur bereit, eine zaghafte Anleihepolitik zu betreiben und hoffte, dadurch Montenegro an Österreich-Ungarn zu binden.³⁰

Berchtold hat diese Politik weitergeführt und weder gegenüber Montenegro noch gegenüber einem anderen Balkanstaat eine aktive Politik betrieben. Dabei sprechen die Berichte aus Belgrad so eindeutig von den vielschichtigen Kriegsvorbereitungen, die von einer nationalistischen häufig von der Regierung stark geförderten Presse mit großer Begeisterung betrieben wurden, daß man sich bei etwas mehr psychologischem Verständnis vieles hätte ausrechnen können. Die militärische Geheimorganisation "Crna ruka" erfreute sich der Sympathien des Belgrader Kriegsministers, der Waffenschmugel von Serbien in die altserbischen Provinzen in der Türkei blühte und die österreichfeindlichen Demonstrationen anläßlich der Schliessung der Agramer Universität hatten einen kriegesischen Unterton. Auch die "Narodna Odbrana," eine Organisation für die Festigung der Wehrbereitschaft, schürte den Hass gegen Österreich mit allen Mitteln.³¹

Die Unentschlossenheit am Ballhausplatz gegenüber dem provozierenden Vorgehen Italiens führte dazu, dass die Balkanstaaten mit dieser bequemen Untätigkeit auch für den Fall ihres Krieges gegen die Türken rechneten. Schließlich hatte ja die "Neue Freie Presse" am 1. Mai 1912 geschrieben: "Er will keine beschauliche und auch keine lässige, aber eine milde Politik." Und da dies den Grundsätzen des Kaisers sehr entgegenkam, war der weitere Ver-

30. H. H. St. A. Wien, PA Montenegro XVII/47. Referat über die russ. montenegrinischen Beziehungen. Bl. 1-5 und PA Montenegro, XVII/29 Weisungen und Berichte 1911-1913.

31. H. H. St. A. Wien, PA Serbien XIX/63, Berichte aus Belgrad, hier Nr. 7 (25. 1. 1912), Nr. 10 B (29. 1. 12), Nr. 12 (3. 2. 12), Nr. 23 A + B (17. 3. 12), Nr. 29 B (30. 3. 12).

lauf der Dinge klar vorgezeichnet. Berchtold hatte in einem Exposé im Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten am 8. Juli 1912 bereits seine Balkankonzeption festgelegt.³² Durch eine bescheidene Verstärkung der Truppenkontingente an der Südostgrenze wollte er zu verstehen geben, dass territoriale Veränderungen einer Zustimmung Österreich-Ungarns bedürfen. Eine Mobilisierung, wie sie der Generalstabschef Feldmarschall Schemua vorschlug, lehnte er ab und billigte nur eine Erhöhung des Mannschaftsstandes, nicht aber eine "aufreizende" Mobilisierung.³³ Gegen den Ausbruch des Balkankrieges wurde lediglich protestiert, obwohl Berchtold aus dem reichen Aktenmaterial seines Ministeriums hätte feststellen müssen, dass die südslawische Wühlarbeit gegen den Bestand der Monarchie Formen angenommen hatte, die zu einem Kampf auf Leben und Tod führen musste. Die Pressehetze in Serbien und die Propagandaeinflüsse auf die Schüler und Studenten in den Grenzgebieten Österreich-Ungarns deuteten auf die bevorstehende Entwicklung hin, an der Belgrad maßgeblich beteiligt war. Anders als in Österreich-Ungarn, wo es keine vorherrschende Konzeption für die Zielrichtung der Aussenpolitik gab und wo die parteipolitischen, ideologischen und nationalen Differenzen zu tiefgehenden Spannungen und Auseinandersetzungen Anlaß gaben, waren die serbischen Parteien von der großserbischen Idee erfüllt, die eine Vereinigung aller serbischen Gebietsteile in einem Königreich verlangte. Darüber hinaus sah die "Slawische Idee" eine Vereinigung aller Slawen vor. Konstantinopel sollte die neue Hauptstadt und der russische Zar das gemeinsame Oberhaupt aller Slawen werden.

Um der serbischen Politik genügend geeignete Sprachrohre zu bieten, wurden Zeitungen subventioniert oder gar neue Blätter geschaffen, wie die Zeitung "Piemont," die von Ljuba Jovanović, dem ehemaligen Präsidenten des "Slovenski jug" herausgegeben und redigiert wurde.³⁴ Dieses Blatt hat die in Sarajevo österreichischerseits gegründete deutschsprachige "Südslawische Rundschau," die von J. M. Baernreither redigiert wurde, scharf angegriffen und ihr "Habsburgismus" vorgeworfen.³⁵

Die Kriegsstimmung Serbiens gegen Österreich - Ungarn war noch vor Ausbruch des Balkankrieges soweit gediehen, daß man bei der Lektüre der Belgrader Zeitungen nicht den Eindruck bekam, der Balkanbund richte sich gegen die Türkei. Der Beschluss des Belgrader Gemeinderats, das einstige

32. *Hantsch*, Berchtold, I, S. 17, 31, 36, 103, 243 f., 250, 260, 268, 282ff., 300f.

33. *Steinitz*, Eduard Ritter von, Berchtolds Politik zu Beginn der Balkankrise. Berliner Monatshefte 9 (1931), S. 45-57.

34. *Mandl* Leopold, Österreich-Ungarn und Serbien nach dem Balkankriege. Wien 1912, 60 S.; hier S. 8 ff.

35. H. H. St. A. PA Serbien, XIX, Berichte aus Belgrad 1912, Nr. 53c (23. 5. 12).

Wohnhaus des Befreiers der Landeshauptstadt Belgrad von den Türken, des Prinzen Eugen von Savoyen, abbrechen zu lassen, zeigte, welcher Hass sich gegen alles richtete, was kaiserlich war. Keine zentrale Stelle Wiens verfolgte diese Entwicklung mit der nötigen Sorgfalt, obwohl es nicht an Stimmen gefehlt hat, die sehr eindeutig auf die sich anbahnende Entwicklung einer Vereinigung aller Südslawen gegen Österreich-Ungarn hinwiesen. Weder für die kaisertreuen Kroaten und Slowenen, noch für die Rumänen Siebenbürgens wurde etwas getan, so dass sie wie reife Früchte vom Baume Habsburg abfielen und in das Lager des neuen südslawischen Staates bzw. in den Großrumäniens rollten.³⁶ Die Tatsache, dass sich die Bevölkerung Serbiens in einem sozialen Umbruch befand, wurde zwar damals nicht ganz übersehen, doch verkannte man die Bedeutung dieses Faktors für die Entwicklung eines Nationalismus, der bereit war, jedes Opfer auf sich zu nehmen, um große Erfolge zu erreichen. Der Hunger eines armen Volkes wurde mit Hoffnungen auf eine bessere und größere Zukunft genährt, weil man glaubte, dadurch die mißliche Lage überspielen zu können. Serben wie Rumänen wohl auch Slowenen und Kroaten hatten außerdem seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ihre bis dahin gehegte militärische Achtung vor Österreich-Ungarn abgelegt.³⁷ Seit der Jahrhundertwende sank dann auch die Achtung vor einer überlegenen Innen- und Außenpolitik der Doppelmonarchie. Auch diesen Gesinnungswandel erkannte man in Wien nur allmählich und auch nicht in allen Führungsschichten. In der Diplomatie zog man keine Konsequenzen aus diesen Tatsachen. Die sehr erheblichen Widerstände der Serben und Kroaten gegen die häufig viel zu einseitigen Justiz- und Verwaltungsmaßnahmen im Königreich Kroatien sowie in Bosnien und der Herzegowina,³⁸ vermochten auch nicht als Anstoß für die längst erforderlich gewordenen Reformen der Monarchie im Sinne eines föderativen Umbaus zu wirken. Man beließ alles wie es war und hoffte, daß es schon irgendwie weitergehen würde, bis sich vielleicht später eine eindeutig günstige Gelegenheit für Veränderungen bot, die einwandfrei eine wesentliche Verbesserung darstellten.³⁹ Als im Au-

36. Funder Friedrich, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik. Wien-München (Verlag Herold), 2. Aufl. 1953, 719 S., hier S. 469, 473-478.

37. Der militärische Achtungsschwund ist sowohl auf die Niederlagen von 1859 und 1866 als auch auf den Strukturwandel der Armee zurückzuführen. Bildung und Haltung stiegen nicht in dem gleichen Maße wie die Ansprüche der Öffentlichkeit. Vergl. hierzu das Memorandum des Kriegsministers General Moritz Ritter von Auffenberg in H. H. St. A.-Nachlaß des Thronfolgers Franz Ferdinand, oder die romanhaften Aufzeichnungen von Roda Roda über dessen eigene Militärlaufbahn und den Geist des Offizierskorps.

38. Seton-Watson, R. W., Die Südslawische Frage im Habsburger Reiche. S. 240; 368 ff. u. 376 ff.

39. Vergl. hierzu die sehr ausführliche Darstellung von L. v. Südland (I. Pilar): Die

gust 1912 englische und Wiener Zeitungen über die serbisch-bulgarischen Vereinbarungen im Rahmen des Balkanbundes berichteten, hielt der österreichische Gesandte in Sofia, Graf Tarnowski, diese Nachricht wegen der bestehenden Gegensätze in Mazedonien für ausgeschlossen, obgleich es Tarnowski nicht entgangen war, dass zwischen den griechischen und serbischen Gesandten in Sofia und dem bulgarischen Kabinettschef Gešov in den letzten Monaten ein reger Verkehr stattgefunden hatte und in Sofia mehr oder minder offen von den Kriegsvorbereitungen gesprochen wurde.⁴⁰ Sowohl der Nachrichtendienst als auch die Phantasie und Kombinationsgabe dieser sicherlich sehr korrekten, aber für die Erfassung der Lage kaum besonders geschulten oder begabten Beamten hatten versagt, obwohl es sich um Sein oder Nichtsein der Donaumonarchie handelte. Die an Kniffen und gerissenen Einfällen reiche Politik Montenegros, Serbiens und Bulgariens wurde von den meist adligen Diplomaten nicht gleich durchschaut und die Berichte über die Mobilisierungsmassnahmen wurden nur von den Militärs dahingehend ausgewertet, dass man auch für Cetinje einen Militärattaché ernannte,⁴¹ während im Ministerium für die auswärtigen Angelegenheiten nicht viel unternommen wurde.

Als im September auch am Ballhausplatz Klarheit darüber herrschte, daß der Balkankrieg nicht mehr zu verhindern sei und die Möglichkeit eines militärischen Einschreitens erwogen wurde, riet der Kriegsminister Moritz Ritter von Auffenberg davon ab, weil die Verfassung der Streitkräfte wenig Aussicht auf Erfolg bot.⁴² Im Abgeordnetenhaus aber warf Ernst Viktor Zenker der Regierung vor, sie betreibe eine offensive Balkanpolitik. Unter Beifall eines Teiles des Abgeordnetenhauses forderte er "der Balkan den Balkanvölkern" und kritisierte die Autonomie und Verfassung Bosniens als völlig unzureichend. Er verlangte, daß man die Schaffung eines südslawischen Staates unterstütze, da dieser sonst auch gegen den Willen Österreich-Ungarns geschaffen werden würde. Nur so könnte man "die Ideen der Freiheit, Gerechtigkeit, der Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Völker" verwirklichen helfen. Den Klerikalen, die er wie Freimaurer und Juden ablehnte

südslawische Frage und der Weltkrieg. Übersichtliche Darstellung des Gesamt - Problems. Zagreb 2. Aufl. 1944, XX + 828 S., hier S. 584 ff.

40. *Bosdari* Alesandro, Delle guerre balcaniche, della grande guerra e di alcuni fatti precedenti adesse. Mailand 1928, S. 53 ff.

41. *Bogičević*, Milos, Die auswärtige Politik Serbiens 1903-1914, 3. Bd. Berlin 1931, S. 124 ff. u. 2. Bd. Nr. 735, S. 338 f. *Hubka*, Gustav von, Kritische Tage in Montenegro. In: Berliner Monatshefte 9 (1931), S. 27-45, hier S. 27/28.

42. *Zenker* Ernst Viktor, Ein Mann im sterbenden Österreich. Erinnerungen aus meinem Leben, Reichenberg, 1935, S. 160-165.

und bekämpfte, warf er sogar vor, daß sie das orthodoxe Slawentum für die katholische Kirche zurückerobern wollen. Eine schärfere Ablehnung der bisherigen Politik Österreich-Ungarns konnten sich die Serben kaum wünschen! Hinzu kam noch, dass in Budapest die politischen Differenzen und Uneinigkeit der Abgeordneten noch größer waren, so daß Österreich-Ungarns innen- und außenpolitische Verhältnisse die Balkanbundstaaten förmlich zu einem rücksichtslosen Vorgehen einluden. Es nutzte nicht viel, dass der Chef des Generalstabes, Feldmarschalleutnant Schemua, in einer Denkschrift für den Kaiser eine aktive Militärpolitik vertrat. Berchtold lehnte aber eine Mobilisierung ab, damit man Österreich keinerlei aggressive Absichten vorwerfen könne! Ja, auch der Thronfolger, der sonst so temperamentvolle Pläne hatte, stand auf seiten Berchtolds.

In einer Unterredung, die der König von Griechenland kurz vor Ausbruch des Krieges am 3. Oktober 1912 Berchtold gewährte, sagte der Aussenminister, der sich der wahren Lage nicht bewusst war, dass sich die Position der Balkanstaaten durch eine Mobilisierung nur verschlechtere, weil die Großmächte nicht bereit sein würden, sich "unter dem Druck dieser Mobilisierung" der Sache "der Balkannationen anzunehmen." Auch wünschte Berchtold, der die alte Einschüchterungspolitik Wiens fortzuführen gedachte, noch zu diesem Zeitpunkt, dass der Bestand des türkischen Reiches durch die geforderten Reformen zugunsten der Balkannationalitäten nicht gefährdet werde.⁴³ So stand Berchtold diesen Problemen unvorbereitet gegenüber und verharrte auf dem Standpunkt des Status quo, als dieser unhaltbar geworden war und der Hass der Balkanstaaten sich stärker gegen Österreich als gegen die Türkei zu richten begann. In den Monaten seit dem Bekanntwerden des Balkanbundes und dem unmittelbar darauf folgenden ersten Balkankrieg hatte Berchtold die überaus schwierige Aufgabe, es dem Kaiser, der dieser Lage nicht mehr voll gewachsen war, und dem temperamentvollen Thronfolger Franz Ferdinand rechtzumachen und dabei die Monarchie vor einer völligen Isolierung in Südosteuropa zu bewahren, als sich die anderen Großmächte auf die Seite der Balkanstaaten und somit gegen Österreich stellten. Die jungtürkischen Machthaber, die nicht fähig oder gewillt waren, den Christenverfolgungen in Albanien und Mazedonien Einhalt zu gebieten, hatten sowohl in Aehrenthal als auch in Berchtold keinen ernsten Widersacher ihrer kurzsichtigen Politik.⁴⁴ In Wien erkannte man nicht im vollen Aus-

43. Ö. - U. A. 4/Nr. 3678, 3703, 3764, 3884, 3909 und 3929.

44. *Chlumecky*, Leopold von, *Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen*. Berlin 1929, S. 122-127; *Friedjung*, Heinrich, *Das Zeitalter des Imperialismus 1884-1914*. 3 Bde. Berlin 1922, 3. 176-183.

maße die große Gefahr, die den Bestand der Monarchie bedrohte, weil in Österreich, vor allen von den seither gemachten Erfahrungen aus gesehen, die Nationalitätenprobleme in tragbarer Weise gelöst waren und man sich daher nicht gut vorstellen konnte, daß ihretwegen ein Krieg losbrechen könnte. Durch den Versuch Berchtolds, gemeinsam mit den anderen Großmächten in die Politik des Balkanbundes einzugreifen,⁴⁵ begab sich Österreich der Möglichkeit, später nach eigenem Gutdünken vorgehen zu können. Hinzu kam noch, dass zwischen Wien und Berlin hinsichtlich der Lösungsmöglichkeiten der Balkanprobleme sehr unterschiedliche Auffassungen herrschten, was auf die Wiener Politik besonders lähmend wirkte.⁴⁶

Da die Donaumonarchie keinerlei territoriale Wünsche hatte und das Schwergewicht des Interesses auf wirtschaftlichem Gebiet lag, wobei eine wirtschaftliche Angliederung Serbiens und Montenegros sehr erwünscht gewesen wäre, begnügte man sich mit der Absicht, zu gegebener Zeit diplomatische Schritte zu unternehmen. Daß bei den wirtschaftspolitischen Erwägungen in Österreich die Kreise der Industriellen und in Ungarn die der Großgrundbesitzer — und hier vor allem die Schweinezüchter — ein Wort mitsprachen, sei nur am Rande erwähnt.

IV.

Als der Balkankrieg im Oktober 1912 ausbrach, war auch Conrad von Hötzendorf nicht untätig. Er verfasste eine Reihe von Denkschriften und versuchte, den Kaiser, den Thronfolger und den Außenminister zum Handeln zu bewegen, was ihm aber nicht gelang. Einer seiner interessantesten Vorschläge ging dahin, Österreich möge dem Balkanbund beitreten, wobei die kleinen Staaten etwa die Rechte erhalten sollten, wie sie das Königreich Bayern im Deutschen Reich hatte. Ein gemeinsamer Bundesrat, in welchem jeder Staat durch seine Außen-, Finanz- und Kriegsminister sowie den Generalstabchef vertreten sein sollte, war für die Regelung der gemeinsamen Aufgabengebiete vorgesehen. Als solche galten die Außen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Falls möglich, sollte der Kaiser von Österreich dem Bundesrat vorstehen, doch galt ihm dies keineswegs als besonders wichtige Voraussetzung für das Funktionieren dieser Union der Staaten Südosteuropas. Zunächst sollten diesem Staatenbund angehören: Serbien, Griechenland, Bulgarien, Montenegro und Österreich-Ungarn. Doch war geplant, auch Rumänien hierfür zu gewinnen. Für Albanien, das zum autonomen Staat erhoben werden sollte, war auch ein Platz vorgesehen, so daß ausser der Türkei alle Län-

45. *Hantsch*, Berchtold, I, S. 289 ff.

46. *Stieve* Friedrich, Die Tragödie der Bundesglossen, München 1930, S. 99-102.

der Südosteuropas in loser Form vereint worden wären. Um eine Abkehr der Südslawen von Rußland zu erreichen, sollte Österreich keinerlei antislawische Politik betreiben, zumal die jungen Völker im Aufblühen begriffen waren. Serbien sollte daher den "Raumbesitz bei Saloniki" erhalten, wofür Österreich aber Sonderrechte hinsichtlich des Hafens bekäme.⁴⁷ Dieses Interesse für die hervorragende Lage der Stadt Saloniki ist keinesfalls neu, denn bereits Jahre vorher (1903) hatte der Plan Österreichs, eine Eisenbahn durch den Sandschak von Novi Pazar in Richtung auf den Golf von Saloniki zu bauen, nicht geringe Unruhe bei Serben, Bulgaren und den Ententemächten hervorgerufen.⁴⁸ Als Kreise der österreichischen Industrie bewirkten, daß dieser Plan 1908 erneut auflebte, sah sich Rußland veranlasst, die Stillhaltevereinbarungen von Müritz praktisch außer Kraft zu setzen.⁴⁹ Aehrenthal und sein russischer Gegenspieler Iswolsky hatten sich dann dahingehend geeinigt, daß Österreich wohl Bosnien und die Herzegowina annektieren, den Sandschak von Novi Pazar aber der Türkei zurückgeben und auf den Vorstoß nach Saloniki verzichten sollte.⁵⁰ Der durch diese Pläne mobilisierte Pan-slawismus sollte durch eine serbienfreundliche Politik besänftigt werden. Dabei übersah Conrad, daß bereits der "Schweinekrieg" breite Schichten der bäuerlichen Bevölkerung gegen Österreich-Ungarn aufgebracht hatte und daß diese durch territoriale Kompensationsgeschäfte mit nichtserbischen Gebieten nicht für Österreich gewonnen werden konnten. Die Berücksichtigung der Wünsche dieser "Jungen Völker" war dagegen ein wertvoller Gedankengang, der allerdings nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina kaum eine tragfähige Brücke für eine dauernde Verständigung bilden konnte. Die älteren Überlegungen für eine Gebietsverteilung in Südosteuropa, die aus dem Jahre 1897 stammten und aus Anlaß der Reise Kaiser Franz Josephs nach St. Petersburg erstellt worden waren, als man glaubte, das Osmanische Reich läge schon in den allerletzten Zügen, scheinen indes von Conrad nicht berücksichtigt worden zu sein. Damals hatte man für Serbien Kossowo Polje und das Gebiet um Üsküb vorgesehen, für Montenegro Ipek und Djakowa und für Griechenland Kreta, im Norden das Gebiet bis zur Struma, Saloniki, Seres und im Westen das Gebiet einschließlich Janinas.⁵¹ Die schnellen Siege der

47. Conrad von Hötzendorf, Aus meiner Dienstzeit 1906-1918. 5 Bde. Wien 1921 - 1925; hier 2/316, 330.

48. Helmreich Ernst Chr., Die serbisch - bulgarischen Verträge von 1904. In: Berliner Monatshefte 11 (1933), S. 772 ff. u. 15 (1937), 529-530.

49. Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal, S. 262 ff., 290 ff.

50. S'ieve Friedrich, Deutschland und Europa 1890-1914, Berlin 1927, S. 82 ff.

51. Helmreich Ernst Chr., Die tieferen Ursachen der Politik Berchtolds im Oktober 1912. In: Berliner Monatshefte 10 (1932), S. 218-244, hier: S. 222.

Staaten des Balkanbundes und die Verschleppungstaktik der Grossmächte Rußland, Frankreich und England liessen den verantwortlichen österreichisch-ungarischen Staatsmännern nicht genügend Zeit, die Durchführbarkeit der Vorschläge Conrads durch zwischenstaatliche Verhandlungen eingehend zu überprüfen. Der Versuch Berchtolds, die neuen politischen Gegebenheiten anzuerkennen und mit Serbien durch ein entsprechendes Entgegenkommen zu einer Annäherung der Standpunkte zu gelangen, hatte wenig Erfolg. Der nach Belgrad entsandte Universitätsprofessor Joseph Redlich, Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses und des mährischen Landtags, orientierte sich über die Möglichkeiten einer engen Zollverbindung mit Österreich, stiess aber auf Ablehnung. Der serbische Innenminister Stojan Protić war sehr zurückhaltend und tadelte die Haltung der "Reichspost," um die sich die antiserbische Kriegspartei konzentriert hatte. Milutin Jovanović, ein Neffe des Ministerpräsidenten Nikola Pašić, der damals die politische Abteilung im serbischen Ministerium des Äusseren leitete, beklagte die mangelnden Kenntnisse der österreichischen Diplomaten in der politischen "Psychologie der Balkanvölker", die eine Annäherung erschwere. Eine Zollunion wäre ein zu großer Sprung von einem Extrem ins andere und würde von der Bevölkerung des Landes nicht verstanden werden. Auch Nikola Pašić erteilte Redlich mit der gleichen Begründung seine Ablehnung, wobei er betonte, dass eine solche Zollunion durchaus denkbar sei — aber nicht, solange die öffentliche Meinung dafür unvorbereitet wäre.⁵²

Während Berchtold, Redlich und Conrad von Hötzendorf, der Ende 1912 wieder zum Chef des Generalstabes ernannt wurde, für eine enge Bündnispolitik mit den Ländern Südosteuropas eintraten — Berchtold schwebte auch eine Neutralisierung Serbiens vor⁵³ — fehlte es nicht an Kräften, die einen Krieg gegen Serbien befürworteten. In der dem Erzherzog Franz Ferdinand nahestehenden Zeitung "Grossösterreich," die der Siebenbürger Rumäne Aurel Popovici redigierte, wurde diese Möglichkeit erörtert. Dabei wurde davon ausgegangen, daß Griechenland und Bulgarien die Serben in einem Krieg gegen Österreich nicht unterstützen würden.⁵⁴ Auch der Chef des Evidenzbüros im Kriegsministerium, Oberst August Urbanski von Ostrymiecz, plädierte für den Krieg gegen Serbien und die anschliessende Annexion.⁵⁵ Der Thronfolger, geistig rege und politisch interessiert, hatte sehr früh erkannt, daß der

52. Das politische Tagebuch Josef Redlichs 1908-1919, bearbeitet im Auftrag der Kommission für neuere Geschichte Österreichs von Fritz Fellner, 2 Bde. Graz - Köln, 1953, hier: 1/166-175.

53. Bogičević, Die auswärtige Politik Serbiens. 2, S. 340.

54. Conrad von Hötzendorf, Aus meiner Dienstzeit, 2/343 ff.

55. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, 1/180.

Nationalismus in Südosteuropa einen bedeutenden politischen Faktor darstellte und scheint nur vorübergehend die Möglichkeit eines Vorbeugungskrieges mit Serbien erwogen, dann aber endgültig verworfen zu haben. Seine Pläne sahen eine weitaus genialere Lösung vor: Die Bildung eines dritten süd-slawischen Staates innerhalb der Monarchie (Trialismus), um dadurch einerseits ein Gegengewicht gegenüber den Madjaren zu schaffen und um andererseits eine starke Anziehungskraft auf die in Serbien lebenden Slawen auszuüben.⁵⁶ Eine Einverleibung Serbiens lehnte er mit folgender Begründung ab: "Nehmen wir sogar den Fall an, dass kein anderer uns stört, wir in aller Ruhe mit Serbien abrechnen können, was hätten wir davon? Nur einen Haufen Diebe und Mörder und Halunken mehr und ein paar Zwetschgenbäume. Also noch mehr Gesindel.... Die einzig richtige Politik sei, die Balkanvölker untereinander ihre Sachen abmachen zu lassen. Im gegebenen Moment könne man dann zum Frieden helfen."⁵⁷ Es war keine schmeichelhafte Meinung, die der Thronfolger von den Serben hatte; seine Politik war aber weitgehend den realen Möglichkeiten angepasst. Sein großes aussenpolitisches Ziel war die Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses, so daß unnütze Gegensätze zu Rußland vermieden werden mußten. "Ein Krieg gegen Serbien"—äußerte der Thronfolger gegenüber dem Vorstand der Militärkanzlei"—hätte aber zu einem Eingreifen Rußlands geführt. Dies wollte er vermeiden: "Sollen sich der Kaiser von Österreich und der Zar gegenseitig vom Thron stoßen und der Revolution die Bahn freigegeben?"⁵⁸ Wie kaum eine andere einflussreiche Persönlichkeit am Hof hatte er sich seit Jahrzehnten mit den politischen Problemen Südosteuropas befaßt und auf diesem Gebiet auch gewisse Kenntnis erworben.⁵⁹ Die stark voneinander abweichenden Auffassungen des friedliebenden Kaisers, des energischen, aber einseitig Rußland beachtenden Thronfolgers, des ideenreichen Generalstabchefs und des sehr reservierten Partners in Berlin, machten es dem Aussenminister sehr schwer, eine feste politische Linie in dieser Phase zu verfolgen, so dass eine Schwächeperiode eintrat, die auch von Berlin gründlich missverstanden wurde. So kam es, daß

56. Franz Georg, Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburger Monarchie. Brunn, München, Wien 1943 (Südosteuropäische Arbeiten Nr. 35), S. 50f. u. S. 111 ff. Eine gute Übersicht der verschiedenen Reform- und Föderationspläne gibt: Wierer Rudolf, Der Föderalismus im Donauraum. Graz-Köln 1960 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für den Donauraum 1. Bd.), S. 125 ff.

57. Die große Politik, Bd. 34, Kap. 269, Nr. 12788.

58. *Bardolff* Carl Freiherr von, Soldat im alten Österreich. Erinnerungen aus meinem Leben. Jena 1938, S. 172, 177.

59. Man vergleiche die große Denkschrift des Kronprinzen über die innere und äußere Politik Österreich - Ungarns vom Januar 1886, abgedruckt bei Oskar von *Mitis*, Das Leben des Kronprinzen Rudolf, Leipzig 1928, S. 316-352.

sich Wien und Berlin hinderlich im Wege standen⁶⁰ und Serbien die Uneinigkeit für seine Politik ausnützen konnte. Berchtold war sich jedenfalls der großen, ja man kann wirklich sagen "gesamteuropäischen Verantwortung" bewusst, die auf ihm lastete, und er erwartete das gleiche Mass von ehrlichen Willen und Friedensliebe auch von den Staatsmännern der anderen Großmächte. So hoffte er, dass eine geschlossene Front der Großen jede drohende Kriegsgefahr bekämpfen würde.⁶¹

V.

Die militärischen Erfolge der Balkanstaaten haben bei Österreich-Ungarn keinerlei Wünsche nach Gebietserweiterungen ausgelöst, obwohl zugleich auch der bisherige Standpunkt der Erhaltung des Status quo aufgegeben wurde. Nur ein enger wirtschaftlicher Anschluß Serbiens und Montenegros an den Großwirtschaftsraum Österreich-Ungarn wurde angestrebt, da sich Berchtold davon eine Annäherung und schliesslich auch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen versprach. Saloniki sollte nach Möglichkeit Freihafen werden, und die Zufahrt dorthin sollte für den Handelsverkehr der Donaumonarchie offen sein. Auf keinen Fall durfte Serbien aber einen Zugang zur Adria erhalten, weil sonst Österreich-Ungarn und Italien eine Bedrohung des marine-militärischen Gleichgewichts in der Adria befürchteten. Auch wenn serbischerseits nur von einem Handelshafen gesprochen wurde, musste man sich auf Grund der bisher mit Serbien gemachten Erfahrungen sagen, dass der Ausbau zu einem Militärhafen nur eine Frage der Zeit war. Dann hätte Rußland auch seine Hand in der Adria am Schalthebel der Kriegsmaschine gehabt. Ausserdem waren sowohl Skutari als auch Durazzo für Albanien vorgesehen und somit für einen serbischen Hafen kein Platz.⁶²

Ein Höhepunkt der politischen Spannungen wurde erreicht, als serbische und montenegrinische Truppen trotz österreichischer und nicht ernst gemeinter russischer Warnungen an die Adria vordrangen, sich zahlreiche Übergriffe zuschulden kommen ließen und schliesslich die Möglichkeit einer dauernden Inbesitznahme eines oder gar mehrere Adriahäfen auf albanischem Gebiet geschaffen wurde.⁶³ Die überaus hartnäckige Art, mit der sich Montenegro für die Eroberung von Skutari einsetzte, bewog den österreichischen Militärattaché Oberst Gustav von Hubka, den Chef des Generalstabes und den Außenminister für seinen Plan zu gewinnen, der eine Überlassung

60. *Stieve*, Die Tragödie der Bundesgenossen, S. 105 f.

61. *Hantsch*, Berchtold I, 367.

62. Ö.-U. A. Nr. 4118, 4170, 4205, 4256, 4266.

63. *Bogičević*, Die auswärtige Politik Serbiens, 3, 161 ff. u. S. 176 f.

Skutaris an Montenegro vorsah, um dieses von Rußland weg und auf die Seite Österreichs zu ziehen. In einer Audienz vom 24. Februar 1913 trug er diese Vorschläge dem Kaiser vor, der diesem Gedanken seine Zustimmung gegeben haben soll. Die Ablehnung kam jedoch vom Thronfolger, der von diesen Erwägungen erfuhr und sie missbilligte,⁶⁴ weil sie eine Auslieferung der katholischen Albaner an die Montenegriner und damit wohl deren Verfolgung bis zum Konfessionswechsel bedeutet hätten.

Die Ziele der österreichischen Politik, wie sie Berchtold danach festlegte, waren in dieser ersten Phase des Balkankrieges: Bulgarien mehr zu einer Gebietserweiterung im Westen statt im Osten anzuregen und für Saloniki — eventuell einschliesslich der Halbinsel Chalkidike — „eine gewisse autonome Stellung mindestens in zollpolitischer Hinsicht“ zu erlangen. Gegen einen Gebietszuwachs Griechenlands, wodurch keinerlei unmittelbare österreich-ungarische Interessen berührt wurden, bestanden keine Bedenken, außerdem wäre Berchtold eine echte Annäherung Griechenlands an Österreich sehr recht gewesen,⁶⁵ nur sollte die albanische Sprachgrenze berücksichtigt werden und auch das Gebiet der Pinduswachen sollte aus Rücksicht auf Rumänien nicht an Griechenland sondern an Albanien fallen.⁶⁶ So sollte vom Generalgouvernement Janina nur der südliche Teil an Griechenland kommen und vom Sandschak Korča und Monastir sollte der westliche Teil zu Albanien gehören, ebenso der ganze Sandschak von Elbassan, der überwiegende Teil des Sandschaks Dibra sowie Teile des Sandschaks Prizren und Peć. Mit anderen Worten: Für Albanien war eine großzügige Lösung vorgesehen, weil dieser Staat zur Einflußsphäre Österreichs gehören sollte, ein Teil der Bevölkerung römisch-katholisch und Habsburg seit Jahrhunderten Schutzmacht dieser Katholiken war. Auf der Londoner Botschafterkonferenz stand das Albanienproblem lange Zeit im Mittelpunkt der Verhandlungen. Um die Verhandlungen nicht stocken zu lassen und eine friedliche Lösung der Krise zu ermöglichen, verzichtete Berchtold im Februar 1913 auf Dibra und im März auch auf Djakovo,⁶⁷ doch sollte dafür die Nord- und Nordostgrenze Albaniens nach den

64. Hubka Gustav von, *Kritische Tage in Montenegro*, S. 38

65. Driault Edouard et Lhéritier Michael, *Histoire Diplomatique de la Grèce. De 1821 à nos jours*. 5. Bd. Paris 1926, S. 112.

66. Steinitz, Eduard Ritter von, *Berchtolds Albanische Politik*, In: *Berliner Monatshefte* 10 (1932), S. 153-167, hier S. 164. Für das unermüdliche Eintreten Österreichs für die Belange Albaniens und die Grenzziehung nach ethnischen Gesichtspunkten hatte der Vorsitzende der Londoner Botschafterkonferenz, Sir Edward Grey, kein Verständnis. Vgl. *Edward Grey, Twenty-five years*, hier I, S. 267 ff.

67. Giesl, *Zwei Jahrzehnte im nahen Orient*, S. 236. Zwei ausgezeichnete Balkankenner, Baron Giesl, damals Gesandter in Cetinje und Sektionschef Ippen vom Außenministerium standen Graf Mensdorff zur Seite. Vergl. hierzu *Steinitz*, *Berchtolds Politik während des*

Wünschen Österreichs festgelegt werden. Die Vertreter Österreichs trachteten, die Grenzen des Staates so festzulegen, wie es den Besiedlungsverhältnissen entsprach, während die Mitglieder des Balkanbundes das Gebiet Albaniens möglichst klein halten wollten. Da Österreich eine ganze Reihe guter Albanienkenner besaß und auch über genaues Kartenmaterial verfügte, war es den anderen Verhandlungspartnern in diesem Punkt überlegen.⁶⁸ Die Entscheidung fiel jedoch nicht nach sachlichen, sondern, ähnlich wie bei den Friedensschlüssen nach dem ersten Weltkrieg, nach machtpolitischen Gesichtspunkten, so daß erneut Minderheitenprobleme geschaffen wurden.⁶⁹

So großzügig einerseits Gebietserweiterungen für Albanien, Bulgarien und Griechenland angenommen wurden, wollte man andererseits Serbien eine Gebietserweiterung bis an die Adria versagen. Italien blickte ebenfalls mit Mißmut auf die Etablierung der Serben an der Adria und unterstützte Wien in den Bemühungen, dies zu verhindern; zugleich sah es aber auch mit Unbehagen auf die Eroberungen Griechenlands. Griechenland seinerseits unterstützte die Forderungen Serbiens nach einem Hafen der Adria, da es keinerlei serbische Hoffnungen auf eine Teilhaberschaft am Hafen von Saloniki aufkommen lassen wollte. Das gleich tat auch Bulgarien.⁷⁰ Hinsichtlich Albaniens schlug der griechische Ministerpräsident Eleutherios Venizelos, ähnlich wie der serbische Ministerpräsident Nikola Pašić, eine Aufteilung unter Griechenland, Serbien und Montenegro vor, damit endlich Frieden auf dem Balkan herrschen könne.⁷¹ Es hatte damals in Österreich nicht an Stimmen gefehlt, die ebenfalls für eine Aufteilung Albaniens waren in der Annahme, dass Serbien dann einen langjährigen und kräfteverzehrenden Kampf mit diesem kriegerischen Volk würde führen müssen. Doch konnte man sich hierzu nicht entschliessen, da es eine Abkehr von allen bisherigen Albanienplänen bedeutete hätte.⁷² Dass auch die katholischen Albaner nicht immer die nötige Dankbarkeit für die umfangreichen Subventionen aus Wien an den Tag legten, sei nur am Rande erwähnt. Die katholische Geistlichkeit Albaniens schätzte die Spenden aus Italien weitaus höher als die umfangreicheren Beihilfen der Habsburger, da sie letztere als eine ganz selbstverständliche Sache betrachte-

Waffenstillstandes auf dem Balkan. (Dez. 1912 - Febr. 1913), Berliner Monatshefte 9 (1931), S. 723-746, hier S. 727.

68. *Steinitz*, Berchtolds Albanische Politik, S. 155 ff.

69. Über die Bevölkerungsverhältnisse in Djakowo und Dibra vergl. *Mandl*, Österreich - Ungarn und Serbien nach dem Balkankriege, S. 20-23.

70. *Tukin Cemal*, Die politischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien von 1908 bis zum Bukarester Frieden. Hamburg 1936, S. 126 f.

71. Ö. - U. A., Nr. 4118, 4170, 4205, 4256, Nr. 4490, 4666 und *Redlich*, Polit. Tagebuch, 1/175.

72. *Friedjung*, Imperialismus, 3/223.

ten.⁷³ Größeren Erfolg hatte Österreich - Ungarn mit der Gewährung von Stipendien an Albaner, und zwar auch an solche, die bereits zu den älteren Jahrgängen zählten.⁷⁴ Ebenso wurde auch das albanische Volksschulwesen, um das die Albaner vor allem auch gegen die türkischen Nationalisten kämpfen mussten, tatkräftig von Wien gefördert. So war es kein guter Vorschlag, dieses junge Volk plötzlich im Stiche zu lassen. Italien machte zwar schon damals größte Anstrengungen, in Montenegro und Albanien durch eine sehr geschickte Propaganda Fuß zu fassen, während man in Wien den Begriff der Kulturpropaganda wie der Propaganda überhaupt noch kaum richtig als Instrument der Politik anzuwenden wußte.⁷⁵ Für die Errichtung eines albanischen Staates trat ja vor allen der Thronfolger Franz Ferdinand mit besonderem Nachdruck⁷⁶ ein.

An der Festigung der Beziehungen zum Königreich Rumänien war Franz Ferdinand ebenfalls sehr viel gelegen, da er hoffen durfte, in absehbarer Zeit als Kaiser eine bessere Großmachtpolitik zu führen, als dies Franz Joseph tat, der alles vermied, was die Ruhe stören könnte und daher auch den weitläufigen Reformplänen des Thronfolgers seine Unterstützung versagte,⁷⁷ wie er auch gegen das von Franz Ferdinand geplante energische Auftreten gegen Serbien und Montenegro war. Der Thronfolger sah dann auch sehr bald ein, dass eine grundlegende Änderung in dem bestehenden serbisch-österreichischen Spannungsfeld nur möglich sei, "wenn man unseren Slawen eine angenehme, gerechte und gute Existenz schafft". In Kroatien und Dalmatien sollte "Ordnung und Anhänglichkeit zur Monarchie" geschaffen werden. "Zuerst muß man Ordnung im eigenen Hause haben und alle Völker wie einen Mann hinter sich haben, dann kann man Hurrah-Politik machen".⁷⁸ Der Wandel in der politischen Einstellung Franz Ferdinands war eingetreten, als auch er einsehen mußte, daß die innen- und außenpolitische Lage gleichermäßen schwierig war. Sein Vertrauensmann Baron Franz Nopcsa hatte ihm wie auch dem Grafen Berchtold von der großserbischen Agitation in Südungarn und von der Bereitschaft der Siebenbürger Rumänen für den Kampf gegen die Madjaren berichtet. Mit einer Erhebung gegen die Madjaren wollten die Rumänen in Siebenbürgen allerdings bis zum Tode Kaiser Franz Josephs I. warten, da sie im Thronfolger einen Freund des Rumänen-

73. H. H. St. A. PA I/788 Baron Nopcsa Bl. 1 f.

74. H. H. St. A. Albanien V/8, Fol. 1, Erlaß an Konsul Merl 6. 7. 1609 Nr. 2370

75. Nat. Bibl. Wien, Handschr. Abt., Nopcsa Tagebücher, III Bl. 64.

76. Franz Georg, Erzherzog Franz Ferdinand, S. 13 f.

77. Chlumetzky, Erzherzog Franz Ferdinand, S. 132 f. 150.

78. Hantsch, Berchtold I. 361 ff. u. S. 389.

tums sahen und sich von ihm eine weitgehende Förderung ihrer Pläne versprechen konnten.⁷⁹

VI.

Während in London die Botschafter der sechs Großmächte und der kriegführenden Staaten seit dem 17. Dezember 1912 tagten, übernahm, wie bereits erwähnt, von Hötzendorf wieder sein Amt als Chef des Generalstabes und trat dadurch erneut stärker hervor. Seine Meinung ging dahin, daß ein Krieg mit Serbien unvermeidbar sei "und jedes weitere Hinausschieben" die Lage Österreichs noch ungünstiger gestalte, "den unversöhnlichen, zielbewußten, nie ablassenden, von Rußland unterstützten Feind der Monarchie" niederzuwerfen. Die Nachrichten, die er Ende Dezember 1912 erhielt, besagten nämlich, daß der Balkanbund die ersten Keime des Zerfalls zeige und zwar wegen Salonikis, dessen Eroberung durch Griechenland Bulgarien mit Neid erfüllte. Vor allem erschien ihm der immer deutlicher werdende Drang der Serben nach Angliederung wichtiger Gebiete der Monarchie "deren Bestand, deren Ruhe und Sicherheit" zu gefährden.⁸⁰ Der Kaiser, der bis zuletzt die Leitung der Reichsgeschäfte in seinen Händen behalten wollte, war diesen Plänen abgeneigt. Mag sein, dass ihm die Entschlußkraft oder das Verständnis für die Lage fehlte, er war ebenso wie Berchtold gegen eine militärische Initiative, die zum Krieg führen konnte und duldete nur militärische Einschüchterungsmaßnahmen gegen Serbien, die hohe Kosten verursachten, auf den Gegner aber keinen Eindruck machten. Mit beispiellosem Langmut⁸¹ wurden daher alle diplomatischen Wege beschritten, um das eigenwillige und überaus aggressive Montenegro,⁸² das den Balkankrieg eingeleitet hatte, von der Belagerung Skutari abzubringen. Auch nachdem die Londoner Botschafterkonferenz Skutari endlich Albanien zusprach, setzten Montenegriner und Serben die Beschießung der Stadt fort, wobei man es vor allem auf das christliche Stadtviertel abgesehen hatte. Als eine auf Grey's Initiative beschlossene Flottendemonstration ihre Wirkung verfehlte und Skutari am 25. April durch Verrat Essad Paschas sich den Montenegrinern ergab, kam es zu stürmischen Freudenkundgebungen in Belgrad, Cetinje und Athen sowie zu

79. Nat. Bibl. Wien, Handschr. Abt., Baron Franz Nopcsa, Tagebuchaufzeichnungen und Nachlaß. Ser. Nov. 9368, IV, Bl. 14-16.

80. *Conrad von Hötzendorf*, Aus meiner Dienstzeit, 2/378, 408, 3/11-17. Über Bulgariens Wünsche, Saloniki zu bekommen, vergl. Tukin, S. 134.

81. *Redlich*, Politisches Tagebuch 1/180.

82. *Giesl*, Baron Waldemar, Zwei Jahrzehnte im nahen Orient. Aufzeichnungen des Generals der Kavallerie Baron Waldemar von Giesl. Herausgegeben von Ritter von Steinitz, Berlin 1927, S. 231 ff.

Empörung in Wien, das sich nach endlosen und fruchtlosen Verhandlungen zu einem energischen Vorgehen aufraffte, mit militärischen Maßregeln drohte und die österreichisch-ungarischen Heeresteile in Bosnien, Herzegowina und Dalmatien in Kriegsbereitschaft setzen liess. Erst daraufhin entschloss sich König Nikolaus, der den Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in Cetinje befürchtete, Skutari bedingungslos zu räumen, worauf auch Durazzo von Serbien freigegeben wurde, um die errungenen Vorteile nicht zu gefährden und die Truppen für lohnendere Maßnahmen bereitstellen zu können.⁸³ So fand die Skutari-Angelegenheit, die Europa ein Vierteljahr in Atem gehalten hatte, endlich eine Klärung. Während Grey diese Krise nach seinen eigenen Ausführungen gar zu gerne in balkanischer Form gelöst hätte, indem er Nikita, der für materiellen Gewinn stets höchstes Interesse hatte, durch einen Staatskredit seitens der Großmächte bestechen wollte,⁸⁴ zeigte der Vertreter Österreichs in London, Graf Mensdorff, wie auch Graf Berchtold für solche Schachzüge wenig Verständnis. Beide, Mensdorff wie Berchtold, gehörten jener Schicht des Hochadels an, für die im persönlichen wie im dienstlichen Umgang ein sehr strenger Ehrenkodex galt und auch beachtet wurde. Das dem Balkan nähergelegene Österreich-Ungarn war also in seiner Führungsschicht weitaus weniger "balkanisiert" als man glauben könnte.

Im Präliminarfrieden vom 30. Mai 1913 überliessen die Botschafter den Siegermächten die Aufteilung der eroberten Gebiete. Auch hinsichtlich der Grenzen Albaniens und der Verteilung der Inseln des Ägäischen Meeres war keine Entscheidung gefallen, denn Rußland wollte nicht, daß Griechenland in unmittelbarer Nähe der Dardanellen eine strategische Position erhalte, mit der es den Eingang zu den Meerengen kontrollieren konnte. In dieser gespannten Lage legte Conrad von Hötzendorf dem Aussenminister nahe, alles zu versuchen, um Serbien auf friedlichem Wege zu gewinnen. Nach Ausbruch der serbisch-bulgarischen Feindseligkeiten im zweiten Balkankrieg wäre er am liebsten nach Belgrad gegangen, um zu verhandeln.⁸⁵ Die Unschlüssigkeit und Lethargie der österreichisch-ungarischen Staatsführung ließ aber die Weiterführung und Verwirklichung seiner temperamentvollen und dennoch wohl richtigen Gedankengänge nicht zu.⁸⁶ Eine weit verbreitete aber irrige Ansicht, daß er primär ein Kriegstreiber war, ist also nicht ganz richtig, denn er hatte neben seinen pflichtgemäßen Kriegsplänen auch sehr viele Pläne

83. *Uebersberger*, Österreich zwischen Rußland und Serbien, S. 121 ff. *Sosnosky*, 2/316-336.

84. *Grey*, Twenty-five years, 1/269 f.

85. *Regele*, Feldmarschall Conrad, S. 68 f.

86. *Schüssler* Wilhelm, Conrad von Hötzendorf. In: *Archiv für Politik und Geschichte*, N. F. 3 (1925), S. 524-534.

und Vorschläge erarbeitet, die sich der friedlichen Gewinnung des Gegners und damit der Beseitigung der Kriegsgefahr widmeten. Dass sich ein Volk auf die Dauer durch künstliche Grenzen nicht trennen läßt und die voneinander getrennten Volksteile mit Nachdruck eine natürliche Vereinigung anstreben, wurde von keinem führenden Staatsmann oder Militär Österreichs so klar erkannt wie von ihm, als er für eine Vereinigung aller Südslawen im Rahmen der Monarchie und somit für die Idee des Trialismus eintrat, die auch den Thronfolger sehr bewegte.

Es ist kennzeichnend für die Südosteuropapolitik Österreichs während der Jahre zwischen der Annexionskrise und dem Ausbruch des ersten Weltkrieges, dass Serbien das Hauptproblem war und daß dafür andere politische Faktoren in Südosteuropa weniger Beachtung fanden. Die räumliche Nachbarschaft zu Serbien und der Umstand, daß fast zehn Millionen Serben, Kroaten und Slowenen in Österreich lebten, mussten sich in der öffentlichen Meinung wie in der Staatsraison entsprechend auswirken. Klarster Kopf des Hofes, der auch die großen Zusammenhänge übersah, war der Thronfolger, der von seinem Sitz im Wiener Schloß Belvedere, das sich einst Prinz Eugen von Savoyen erbauen ließ, die Entwicklung in Südosteuropa mit großer Aufmerksamkeit verfolgte und soweit möglich auch zu beeinflussen bemüht war. Er stand mit Kaiser Wilhelm II. in enger Verbindung und war bestrebt, mit diesem Übereinstimmung hinsichtlich der Hauptprobleme zu erzielen. So waren sich beide darüber einig, dass die Wünsche Griechenlands auf der Londoner Botschafterkonferenz zu unterstützen seien, wobei Franz Ferdinand allerdings die "Lebensinteressen Albaniens" weitgehend berücksichtigt wissen wollte. Nur bezüglich des Kanals von Korfu meldete er die von dem italienischen und dem österreichischen Generalstab geäußerten Bedenken an, die Reede von Korfu könnte von England zum Nachteil der Mittelmächte verwendet werden.⁸⁷ Eine natürliche Betrachtungsweise der politischen Forderungen Griechenlands auf der Grundlage der historischen und bevölkerungsmässigen Struktur lag ihm aber fern, da auch ihm die bildungsmässigen Voraussetzungen hierzu fehlten und man in Österreich wenig Neigung hatte, die Leidenschaftlichkeit der Nationalbewegung zu berücksichtigen. Die historische Vergangenheit Thessalonikes als griechischer Stadt im Kampf gegen Slawen und Türken, als alter Hauptstadt Mazedoniens und als einer der Ausgangspunkte der Christianisierung, blieb unberücksichtigt, da diese Tatsachen nicht bekannt waren oder - soweit sie griechischerseits vorgebracht wurden - ihre Wirkung verfehlten, weil sie nicht in geeigneter Form dargestellt wurden.

87. Kiszling, Erzherzog Franz Ferdinand, S. 204-208.

VII.

Weitaus schwieriger als die Koordinierung der Wünsche hinsichtlich der Grenzen Albaniens war die Befriedigung der Ansprüche in Mazedonien. Zwar besass Österreich auch für die drei Wilajets Kosovo, Monastir und Saloniki sehr gute Kartenunterlagen,⁸⁸ aber die Vorstellungen Bulgariens und Serbiens deckten sich nicht mit den Forderungen Griechenlands. In den Wilajets Saloniki und Monastir lebte eine griechische Mehrheit, während im Wilajet Skoplje die slawische Bevölkerung in der Überzahl war.⁸⁹ Das Fehlen geeigneter Vereinbarungen in den zwischenstaatlichen Verträgen der Mitglieder des Balkanbundes liess Bulgarien hoffen, das eroberte Gebiet behalten zu können, während Serbien durch die Entwicklung an der Adria sich auf Gebietserweiterungen im Osten angewiesen sah. Daß sich Rumänien vermeintlich mit Billigung Österreichs darauf festgelegt hatte, Kompensation ansprüche an Bulgarien zu stellen, falls dieses sein Staatsgebiet erweitern sollte, komplizierte die Lage noch mehr, da Österreich-Ungarn mit Rumänien verbündet war und auch zu Bulgarien ein enges Bündnisverhältnis anstrebte, um es nicht ganz in die Arme Rußlands gleiten zu lassen. Wien hatte die schwierige Aufgabe, zwischen zwei möglichen Freunden der Donaumonarchie zu vermitteln. Als im Verlaufe des Balkankrieges Berchtold zu großes Gewicht auf die Gewinnung Bulgariens legte,⁹⁰ wurden in Rumänien alte antihabsburgische Resentiments wach. Hinzu kamen dann die Antipathien gegen das Verhalten der Madjaren gegenüber den Rumänen Siebenbürgens, so daß die Gefahr einer Entfremdung dieses Dreibundmitgliedes immer größer wurde.⁹¹ Bulgarien vertraute blind den russischen Versprechungen und hielt Österreich und Rumänien hin, ohne ernstlich daran zu denken, sich gütlich zu einigen. Um eine engere Verbindung Bulgariens mit Russland zu verhindern und ein Gegengewicht gegen Serbien zu schaffen, sah sich Berchtold veranlasst, eine überaus bulgarienfrendliche Politik zu betreiben, die er sich weder vom Botschafter des Deutschen Reiches noch von dem

88. Ebenda, S. 137 f.

89. *Kyriakides*, Stilpon P., *The Northern Ethnological Boundaries of Hellenism*. Thessaloniki 1955, S. 54 f. u. 58.

90. *Steinitz* Eduard Ritter von, *Berchtolds Politik während des zweiten Balkankrieges. Das Endergebnis der Krise 1912/13*, In: *Berliner Monatshefte* 10/(1932), S. 660-674, und *Tukin*, S. 128 ff.

91. *Ebel* Ernst, *Rumänien und die Mittelmächte vor der russisch-türkischen Krise 1877/78 bis zum Bukarester Frieden vom 10. Aug. 1913* (Historische Studien, Heft 351), Berlin, 1939, S. 89, 102, 108 und *Griem* Käthe, *Rumäniens Bündnispolitik*. Phil. Diss. Kiel 1948. M. Schr. 73 S., hier S. 17/P, 20 f. u. 22 ff.

92. *Stieve*, *Die Tragödie der Bundesgenossen*, S. 125 f.

eigenen Gesandten in Sofia und schon gar nicht von dem in Bukarest ausreden ließ. Wien war nicht zu einer beweglicheren Balkanpolitik zu bringen und verschloß sich daher den Erwägungen Berlins, den Versuch zu machen, mit Griechenland, Serbien und Rumänien einen Block zu bilden, an den sich auch die Türkei anlehnen könnte. Selbst die Vorstellungen der deutschen Regierung, daß man Rumänien als Verbündeten des Dreibundes weitaus mehr unterstützen müßte als Bulgarien, fand keine Beachtung. Berchtold zog sogar in Erwägung, den Bulgaren Saloniki als Ersatz für die relativ unbedeutenden Gebietsansprüche Rumäniens in Aussicht zu stellen, da er der Meinung war, Bulgarien müsse für die Abtretung in der Dobrudscha eine Entschädigung erhalten. Ja, er nahm an, dass Bulgarien für den Dreibund von "ungleich grösserer Bedeutung sei als Griechenland",⁹³ und noch während der Petersburger Konferenz wurde dieser Plan, der die Unterstützung Italiens gefunden hatte, vorgetragen. Da aber Berlin eine konsequente Haltung einnahm und ausgesprochen griechenlandfreundlich war, gelang es dem Vertreter Österreich-Ungarns nicht einmal, "wenigstens im Prinzip den Anspruch Bulgariens auf eine territoriale Kompensation" für die von der Botschafterkonferenz empfohlene Abtretung an Rumänien zu erwirken.

Berchtolds Eingenommenheit für Bulgarien, das er auf keinen Fall auf seiten Rußlands sehen wollte, führte auch dazu, dass er für Bulgarien selbst noch nach Ausbruch der Feindseligkeiten des zweiten Balkankrieges sehr nachdrücklich intervenierte.⁹⁴ Als die Niederlage Bulgariens besiegelt war, beauftragte Berchtold die diplomatischen Vertreter Österreich-Ungarns, bei den Ministerpräsidenten Venizelos und Pašić für einen baldigen Friedensschluss mit Bulgarien einzutreten, um "dem blutigen Ringen ein Ende zu bereiten" und weil "eine völlige Erdrosselung Bulgariens den Wünschen Österreich-Ungarns nicht entsprechen könnte."⁹⁵

Die schwerfällige Eingleisigkeit einer Politik, die den Frieden und den Friedenswillen um jeden Preis zu erhalten suchte, bewirkte, daß Österreich sein Ansehen und seine Machtstellung verspielte, ohne damit etwas zu erreichen. In Wien sah man vorwiegend nur die Gefahr, die mit dem Werden des großserbischen Staates verbunden war und vergaß darüber, daß Politik die Kunst des Möglichen ist. Zu wenig wurde getan, um Berlin aufklärend davon zu überzeugen, daß die sich anbahnende neue Mächtegruppierung in Südosteuropa auf die Dauer keine friedliche Europapolitik ermöglichte. Es

93. Ö. - U. A. 5, Nr. 5601, 5737, 6023, 6025.

94. Ebenda, 5, Nr. 6505, 7612.

95. Ebenda, 6, Nr. 7819. Vergl. auch *Bosdari* Alessandro, *Delle guerre balcaniche...*, S. 83.

hat interessanterweise in Österreich aber auch nicht an Stimmen gefehlt, die Griechenland Saloniki nicht gönnten. So war Tomáš Garigue Masaryk, damals Professor der Philosophie und Soziologie an der tschechischen Universität in Prag, der Ansicht, daß diese Hafenstadt, die seiner Meinung nach weder bulgarisch noch griechisch, sondern jüdisch und mohamedanisch war, "unter Griechenland... ihre Bedeutung verlieren" würde. Hier und noch deutlicher dort, wo es um Mazedonien geht, merkt man bei Masaryk sehr deutlich, daß er Griechenland wenig Sympathien entgegenbrachte.⁹⁶ Er sah hinsichtlich Salonikis nur die wirtschaftliche Seite und weniger die historisch-völkische Grundlage, wie dies ähnlich ja Aehrenthal getan hatte, der eine österreichische Bahn nach Saloniki nur aus wirtschaftlichen, nicht aber aus militärischen Erwägungen gewünscht hatte, wie man seitens Österreichs nie ernstlich eine Okupation Thessalonikes erstrebt hatte,⁹⁷ aber stets die wirtschaftliche Bedeutung sehr hoch einschätzte.⁹⁸

VIII.

Die Lage der Rumänen Siebenbürgens war seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, als sie sich wiederholt gegen die magyarische Oberschicht erhoben, nicht grundlegend verändert worden. Die zahlreichen Prozesse gegen die rumänischen Politiker in Siebenbürgen hatten, ähnlich wie bei den Kroaten und Serben eine starke Strömung gegen Österreich-Ungarn erzeugt. Koloman Tisza, der Vater des späteren ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Tisza hatte daran maßgeblichen Anteil gehabt, so daß dem Wirken des Sohnes mit großer Skepsis begegnet wurde. In Wien war man nicht in der Lage, die Machthaber in Budapest zu einer klügeren Politik zu bewegen. Nur der Thronfolger erkannte die Gefahr, die der Doppelmonarchie von dieser Seite drohte und sah eine Lösung auch dieses Problems vor.

Die offizielle Politik Wiens stützte sich indes auf das Ansehen und die Stellung des rumänischen Königs, dem das Land ungeheuer viel zu verdanken hatte und der daher als der Garant einer sicheren Bündnistreue angesehen wurde, obwohl es nicht an Berichten aus Bukarest gefehlt hatte, die klar zum Ausdruck brachten, daß die Vereinigung mit den Rumänen

96. Masaryk T. G., Österreich und der Balkan. In: Die Balkanfrage. Veröffentlichungen der Handelshochschule München, III. Heft. München und Leipzig 1914, S. 141-159 : hier S. 148 f.

97. Steinitz Eduard Ritter von, Rings um Sasonow. Neue Dokumentarische Darlegungen zum Ausbruch des großen Krieges durch Kronzeugen. Berlin, Verlag für Kulturpolitik 1928, S. 90 f.

98. Bosdari Alessandro, Delle guerre balcaniche, S. 88. f.

Siebenbürgens für wichtiger erachtet wurde als die Wiedervereinigung Bessarabiens. Das loyale Verhalten der meisten rumänischen Politiker hatte in Wien zu der Auffassung geführt, daß der Monarchie von dieser Seite keine ernste Gefahr drohe, weil es stets eine nicht zu übersehende Zahl rumänischer Köpfe gab, die gegen eine Zerschlagung des Habsburgerreiches auftraten.

Auch die von dem Siebenbürger Rumänen Aurel Popovici in dem seinerzeit viel beachteten Buch: "Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich" wiedergegebene Theorie des Bukowinaer Rumänen und Reichsratabgeordneten Dr. Georg Popovici hat viel Bestechendes, galt aber nur für einen Teil der Rumänen in Österreich-Ungarn: "Rumänien hat ein in seinem Selbsterhaltungstrieb gelegenes großes Interesse an dem Bestande eines gewaltigen Österreichs, und dieses Interesse schliesst schon von vorneherein jeden Gedanken, jeden Traum an eine Annexion österreichischer, von Rumänen bewohnter Gebiete aus. Diese Annexion wäre nur bei einem Dêbâcle Österreichs möglich, und ein solches würde mit mathematischer Sicherheit nach wenigen Jahrzehnten das Ende Rumäniens, seinen Untergang im russischen Meer zur Folge haben. Was man Dakoromanismus und rumänische Irredento nennt, ist eine müßige Erfindung."⁹⁹ Man neigte in Wien dazu, die Rumänen nach diesen und ähnlichen österreichisch gesinnten Politikern zu beurteilen und übersah, daß in Siebenbürgen seit Jahrhunderten ein erbitterter Kampf der unterdrückten rumänischen Bevölkerung gegen die rücksichtslose Madjarisierungspolitik Budapests geführt wurde,¹⁰⁰ während in der Bukowina sich dank den Vorzügen der österreichischen Verwaltungskunst und einer klugen Kulturpolitik eine kosmopolitische und kaisertreue Grundhaltung auch in weiten Kreisen der rumänischen Intelligenz entwickelt hatte.¹⁰¹ Die unmittelbare Gefahr, die sich für die östlichen rumänischen Provinzen aus der Nachbarschaft zu Rußland ergab, hatte einige Rumänen dort zu weiträumigen politischen Überlegungen angeregt, die aber keineswegs auf Bukarest übertragbar waren, da die nationalliberalen Kreise die Vereinigung aller Rumänen als erstrebenswertes Ziel sahen, nicht aber an die Folgen dachten, die sich aus einer Zerschlagung Österreich-Ungarns

99. Popovici, Aurel C. Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich. Politische Studien zur Lösung der nationalen Fragen und staatsrechtlichen Krisen in Österreich-Ungarn. Leipzig 1906, S. 417 ff.

100. Denkschrift der Universitätsstudierenden Rumäniens über die Lage der Rumänen in Ungarn und Siebenbürgen. Bukarest 1891, 55 S. mit einer Karte. Anonym. Verfasser bzw. Mitverfasser war Aurel C. Popovici.

101. Lang Franz (Hrsg), Buchenland. Hundertfünfzig Jahre Deutschum in der Bukowina (Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks. Reihe B. Wissenschaftliche Arbeiten). München 1961, 527 S. Menczel Philipp, Trügerische Lösungen, Ergebnisse und Betrachtungen eines Österreichers. Stuttgart-Berlin 1932, S. 33 ff.

für Ostmittel- und Südosteuropa ergeben konnten. Österreich aber tat seinerseits auch nicht genügend, um die auseinanderstrebenden Völkerschaften stärker an das Reich zu binden.¹⁰² So wurde während der Friedensverhandlungen von Bukarest (30. 7. bis 10. 8. 1913), die unter Vorsitz des rumänischen Ministerpräsidenten Titu Maiorescu geführt wurden, österreichischerseits auch weiterhin der Eindruck erweckt, daß man Bulgariens Ziele stärker fördere als die Rumäniens, das sich nun seinerseits Bulgarien gegenüber wenig großzügig verhielt.¹⁰³ Im Ringen der Mächte um den Hafen Kawalla traten Deutschland und Frankreich für eine Überlassung an Griechenland ein, während Österreich, Rußland und Italien ein bulgarisches Kawalla wünschten. England enthielt sich einer Stellungnahme. Österreich und Rußland behielten sich schliesslich ein Überprüfungsrecht des Vertrages vor, in der Hoffnung, Kawalla für Bulgarien zu gewinnen,¹⁰⁴ während Österreich hoffte, die Entstehung eines großserbischen Reiches vielleicht doch noch verhindern zu können. Beide Hoffnungen schlugen fehl.

Kaiser Wilhelm II. und später notgedrungen auch Kaiser Franz Joseph, beglückwünschten König Carol zum Bukarester Frieden, denn im Umgang mit Königen war man weitaus geschickter als im Umgang mit den viel unberechenbareren Völkern. Die österreichisch-ungarisch-rumänischen Beziehungen waren durch die vielen psychologischen und taktischen Fehler empfindlich gestört, und auch die Hoffnung, dass sich Griechenland dem Dreibund anschließen könnte, war nicht mehr begründet.¹⁰⁵ Die Ernennung eines Vertrauensmannes des Thronfolgers und auch eines Fachmannes für Nationalitätenprobleme der Donaumonarchie zum österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest konnte die Spannung zwischen Wien und Bukarest nicht mehr beseitigen, so sehr sich auch Berchtold und Graf Ottokar Czernin darum bemühten.

IX.

Die österreichische Südostpolitik stand während der Balkankriege unter denkbar ungünstigen Vorzeichen. In den slawischen Provinzen der Monarchie hatte der Panlawismus in seiner neoslawistischen Prägung ein neues Solidaritätsgefühl der Südslawen zu wecken begonnen, die ihr Programm einer Vereinigung mit radikalsten Mitteln verfochten. Sie erhielten dabei auch von auswärts wertvolle Unterstützung, denn sowohl in Frankreich als

102. *Popovici* Aurel, Die Vereinigten Staaten, S. 408 ff.

103. *Uebersberger*, Österreich zwischen Rußland und Serbien, S. 155 f. 168 ff. *Steinitz*, Berchtolds Politik während des zweiten Balkankrieges, S. 668 f.

104. Ö. - U. A. 7/Nr. 8176, 8224, 9232, vergl. ferner *Ebel* Ernst, Rumänien, S. 232 ff.

105. *Conrad von Hötzendorf*, Aus meiner Dienstzeit, 3/403.

auch in England waren Wissenschaftler und Publizisten von Bedeutung auf ihrer Seite.¹⁰⁶ In dieser Zeit des Heranreifens einer mächtigen nationalen Bewegung, die sich in ähnlicher Form auch bei Bulgaren und Griechen hinsichtlich der Lage ihrer Volksangehörigen in Mazedonien entwickelt hatte, fehlten in Österreich-Ungarn die geeigneten großen politischen Persönlichkeiten in den Reihen der Diplomaten. Es fehlte an einem gesunden Optimismus, ohne den Politik nicht betrieben werden kann. Statt dessen wurde verwaltet, allerdings nicht schlecht, denn die Beamtenschaft der Monarchie und der von ihr aufgezogene Apparat arbeiteten unvergleichlich besser als die der östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten. Es fehlten jedoch die Skepsis und das Mißtrauen, um die Richtigkeit der eigenen Maßnahmen zu überprüfen und der eigenen Politik den Stempel der logischen Kontinuität und festen Standhaftigkeit aufzudrücken. Statt größter Wachsamkeit gegenüber dem Tun seiner Nachbarn und der im Reich lebenden Nationen, verließ man sich auf viele Provisorien, die freilich oft sehr lange hielten und manchmal Meisterwerke der staatlichen Verwaltungskunst waren. Die unbedingte Friedensliebe des Kaisers stellte Österreich-Ungarn in diesen Jahren vor die schier unlösbare Aufgabe, einen Zweifrontenkrieg gegen die inneren und äusseren Feinde zu führen, ohne bereit zu sein, die erforderlichen politischen und militärischen Kräfte voll einzusetzen. Vor lauter Verantwortungsbewusstsein wurde alles für die Erhaltung des Friedens getan und die Gelegenheit versäumt, durch eine bewegliche Politik eine Bereinigung der bedrohlichen Lage an der Südostrenze einzuleiten oder herbeizuführen, wodurch die Angriffslust der Gegner nur gestärkt wurde. Von Ungarn ständig erpreßt und gedemütigt, ließ man bei Rumänen und Serben eine mächtige antihabsburgische Strömung aufkommen, ohne dem kurzsichtigen madjarischen Nationalismus energisch entgegentreten zu können, der seit langem den Standpunkt vertrat: "Extra Hungariam non est vita, si est vita, non est ita" (Außerhalb Ungarns gibt es kein Leben, oder wenn es eines gibt, ist das ganz etwas anderes). Während Jahrhunderte lang für die Serben deutsch und katholisch schlechthin identisch war, wurde die konfessionelle Frontstellung zugunsten der nationalen weitgehend zurückgenommen; die Angriffe der Serben richteten sich seither vor allen gegen den "Ballhausplatz."¹⁰⁷

106. *Matl* Josef, Der Panslawismus als politische Idee in Südosteuropa im 19. - 20. Jahrhundert. In: *Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas. Gedenkschrift für Wilhelm Gülich* (Südosteuropa Schriften der Südosteuropa - Gesellschaft 2. Bd.). München 1961, S. 296 - 320, hier S. 316 f.

107. *Matl* Josef, Deutschland (Österreich) und die Deutschen (Österreicher) im Geschichtsbild der Kroaten und Serben. In: *Südostdeutsches Archiv* III/1 (1960), S. 35-54, hier S. 40 u. S. 49 ff.

In dieser Lage war eine schwache Außenpolitik der Anfang der Katastrophe. Die von Serbien herangetragene Kampfansage wurde zu wenig ernst genommen und gegen diesen heraufkommenden Angriff, der sich gegen den Bestand der Monarchie richtete, wurde zunächst nichts, später zu wenig getan, bis zuletzt nur noch der Krieg als letztes Mittel übrig blieb. Die Möglichkeiten, andere Freunde zu gewinnen und eine bewegliche Politik zu führen, wurden dabei zwar nicht ausser acht gelassen, denn Berchtold hätte z. B. eine echte Annäherung zwischen Griechenland und Österreich gerne gesehen,¹⁰⁸ doch wurde dieses Ziel, wie auch alle anderen außenpolitischen Zielsetzungen, mit zu geringem Nachdruck vertreten, da er der Auffassung war, dass kein Bündnis mit einem Lande abgeschlossen werden könne, das seinerseits mit Serbien verbündet sei. Hinzu kam noch, dass sowohl in Belgrad als auch in Petersburg vielmehr Rücksicht auf die öffentliche Meinung genommen - oder diese angebliche öffentliche Meinung vorgeschoben - wurde, wenn es darum ging, politische Vorteile zu erringen. Dieser "Druck der Strasse" fehlt in Österreich-Ungarn weitgehend. Die Presse war trotz mancher Besserwisseri und einer Vorliebe für schnelle Entscheidungen nicht von jener beleidigend aggressiven Art, wie die serbische Presse, die wiederholt offen erklärte, dass der nächste Krieg gegen Österreich-Ungarn geführt werden wird.

Graf Berchtold war kein willensstarker Politiker (Baron Nopcsa nennt ihn den "personifizierten guten Willen, der nicht die Kraft hat, sich in Handlung umzusetzen"),¹⁰⁹ aber er war dennoch ein scharfsinniger Geist, der seinen Partnern in Berlin zum Teil überlegen war. So sah er in einer engeren Bindung an Bulgarien ein wirksames Mittel, Rumänien für den Dreibund zu erhalten, denn nur wenn Rumänien im Süden und Westen eine gesicherte Flanke hätte, könnte es Russland entgegentreten. Titu Maiorescu, der ein Leben lang für eine Anlehnung Rumäniens an die Mittelmächte eingetreten war, hatte aber erkennen müssen, dass Österreich-Ungarn weder von Italien noch vom Deutschen Reich die erforderliche Unterstützung für seine Südostpolitik bekam. So war die Mühe Berchtolds um diesen Flankenschutz gegen Rußland vergebens.¹¹⁰

Die engen Familienverbindungen, die zwischen den politisch führenden Schichten des Hochadels der Donaumonarchie und dem Deutschen Reich bestanden, förderten die Tendenzen der *madjarischen* Feudalität. Ein Teil des deutschen Adels—vor allem in den Sudetenländern—sowie in anderen deutschen Gebieten der Donaumonarchie haben die politische Haltung des

108. *Driault Lhéritier*, *Histoire Diplomatique de la Grèce*, 5, 112.

109. Nat. Bibl. Wien, Handschr. Abt. Nopcsa, III, Bl. 72 f.

110. *Hanisch*, Berchtold I, S. 468 und Ö-U. A. Nr. 7892.

madjarischen Adels bekämpft. Der Hochadel, dem auch Graf Berchtold angehörte, war zwar konservativ aber nicht national.

Was nützte es, dass man in der österreichischen Reichshälfte bemüht war, unter Zugrundelegung eines hochkultivierten Volkstumsbegriffes allen nationalen Minderheiten gerecht zu werden. Als Berchtold diese Rechte auch für die albanische Minderheit forderte, um ihre ethnische Existenz zu sichern, da Teile der albanischen Bevölkerung durch eine pro-serbische Grenzziehung von Albanien getrennt wurden, stieß er auf die Ablehnung der Serben, Russen, Engländer und Franzosen.¹¹¹ Daß Österreich das Volksgut seiner Minderheiten großzügig förderte, den Gebrauch der Sprachen seiner Völker auch im amtlichen Verkehr praktizierte und selbst die Einberufungsbefehle für die Reservisten in 15 Sprachen verfasst waren, wollte man eben nicht sehen. Auch die Greueltaten serbischer und montenegrinischer Soldaten gegen die albanische Bevölkerung berührten die übrigen Großmächte nicht. Man nahm diese Dinge einfach nicht zur Kenntnis und lehnte jeden positiven Vorschlag Österreich-Ungarns ab. Als die siegreichen serbischen Truppen am 24. August 1913 in Belgrad einzogen, wurde in einem Festakt ein Denkmal des Ahnherrn der Dynastie enthüllt, aus welchem Anlass in verschiedenen Ansprachen von einem größeren Serbien die Rede war. Zugleich wurde in zahlreichen Geschäften eine Karte Serbiens aus der Zeit des Zaren Dusan gezeigt, auf der das gesamte südslawische Siedlungsgebiet mit den verschiedenen Grenzen eingezeichnet war. Eine Art Programm für die nächsten Jahre.¹¹²

Auch hinsichtlich des albanischen Staates fehlte es auf seiten Serbiens nicht an sehr verletzenden Zeitungsberichten, wie die nachstehende Übersetzung aus der "Vecernje Novosti" vom 16./29. August 1913 erkennen lässt. (Aufruf auf der Titelseite):

KONKURSAUSSCHREIBUNG !

Österreich-Hunien und Italien benötigen einen Fürsten für den albanesischen Thron, welcher am ersten Jänner kommenden Jahres besetzt werden soll. Die Kandidaten müssen, Zeugnisse vorlegen, daß sie schreibkundig sind und daß sie den Kurs für irgendein Hofzeremoniel durchgemacht haben; daß sie Leutnant oder Oberleutnant im deutschen Heere sind (die Heere der Trippelentente sind ausgeschlossen), daß sie unter den Herrschern und Herrscherinnen einen Onkel oder eine Tante besitzen und daß sie es verstehen, sich stets in gleichem Maße gegen Rom und Wien zu neigen und unterzuordnen und den übrigen Mächten immer ein einschmeichelndes Gesicht zu zeigen. Am Throne wird der Gewählte durch die Gnade Bajram Tzura's, Jon Markus', Issa Boljetinac', Ismael Kemals,

111. Ö. - U. A. Nr. 7468, 7626, 7622, 7468, 7469, 7470, 7411, 7730, 7743.

112. H. H. St. A. PA Serbien XIX/64 Ber. Nr. 173 vom 24. 8. 1913.

Prenk Bib Dodas', Essad Toptanija's und der übrigen Arnautischen Exzellenzen sitzen, und zwar so lange als es einem Arnauten nicht gefällt, ihn aus dem Hinterhalte zu erschießen, notabene wenn der Fürst nicht früher eine Gelegenheit wahr nimmt, um rechtzeitig zu verschwinden.

Anmeldetermin bis 1. Dezember 1913.

Aus der Wiener und Römer Kanzlei für Auswärtige Dummheiten.

Wien—Rom, am 10. August 1913.

So wurde in Wien eine Stimmung geschaffen, die nach einer harten und kompromißlosen Politik verlangte. Die vielen Rücksichten, die Berchtold bei allen Schritten nahm, erschwerten noch die Lage der Donaumonarchie.

Diese "Lammsgeduld" riß erst, als Serbien trotz wiederholter Aufforderungen seine Besatzungstruppen in jenen Gebieten beließ, die Albanien von der Londoner Botschafterreunion zugesprochen worden waren und die Ausrottung der albanischen Bevölkerung fortsetzte. Berchtold sah nunmehr ein, daß Österreich-Ungarn vor die Frage gestellt wordenwar, entweder eine Großmacht zu bleiben und als solche aufzutreten oder aber sich alles gefallen zu lassen. Man entschied sich für ein Ultimatum an Belgrad, das dort am 18. Oktober übergeben wurde und die Räumung des albanischen Gebietes innerhalb von 8 Tagen forderte, widrigenfalls "eigene Mittel" zur Durchführung dieser Forderung ergriffen werden müßten. Erst jetzt sahen sich die anderen Großmächte veranlasst, auf Serbien einzuwirken, daß es seine Truppen zurückziehe. Gleichzeitig wurde aber Österreich der Vorwurf der Eigenmächtigkeit gemacht, obwohl es das mindeste war, was Wien tun mußte. Wäre es nach dem Willen des Generalstabschefs gegangen, hätte man gar nicht erst versuchen sollen, den Konflikt zu überbrücken, sondern Krieg geführt, falls sich Serbien nicht bereiterkläre, ein sehr enges Bündnis mit Österreich einzugehen.

Da die serbischen Truppen das albanische Staatsgebiet nunmehr räumten, konnte der Friede erhalten bleiben und die Schaffung des Albanischen Staates - der letzte Erfolg der österreichischen Südostpolitik vor Kriegsausbruch - voranschreiten.

Der Thronfolger hatte frühzeitig erkannt, welche dynamische Kraft dem Nationalismus der jungen Völker innewohnte und war daher fest entschlossen, die längst überlebte Staatsform des Dualismus durch einen föderativen Staatsneubau zu ersetzen, der den berechtigten Wünschen der Völker und Volksstämme weitgehend Rechnung tragen sollte.¹¹³ Die Schüsse von Sarajevo haben auch diese Reformpläne für einen wichtigen Bereich Mittel- und Süd-

113. Franz Georg, Erzherzog Franz Ferdinand, S. 40 ff. und Hantsch, Berchtold II, 555.

osteuropas zerschlagen. Der greise Monarch mußte erkennen, daß sich die politische Langmut bitter gerächt und ein System gefördert hatte, das den Krieg wünschte, weil die Vereinigung aller Südslawen in einem Staat auf andere Weise kaum zu erzielen war. Franz Joseph war aber auch in dieser Situation anfänglich nur für ein kraftvolles Auftreten und nicht für eine militärische Aktion. In Wien vermutete man schon damals, was man heute mit Akten belegen kann, die Mittäterschaft Belgrads an den verschiedenen Anschlägen, von denen der auf den Thronfolger den 1. Weltkrieg auslöste. In Österreich-Ungarn hat man diesen Weltkonflikt nicht gewollt, aber ihn auch nicht mehr so gescheut, wie zwei Jahre zuvor, als der entscheidende Wille zur Erhaltung des Friedens so viele Kritiker auf den Plan gerufen hatte. Die Ausweitung des Konfliktes lag nicht im Interesse Österreich-Ungarns, das erst nach der russischen Generalmobilmachung zum gleichen Mittel griff.

München

E. TURCZYNSKI